



Preußen.

Berlin, 31. August. Se. Majestät der König hat allergnädigst geruht, den bisherigen Regierungs-Rath v. Mauderode in Münster zum Ober-Regierungs-Rath und Dirigenten der Abtheilung des Innern bei der Regierung in Düsseldorf zu ernennen.

Dem Maler Schall in Berlin ist unter dem 26. August 1849 ein Patent auf die Vereitung sogenannter Venus-Farben, insoweit sie als neu und eigenthümlich anerkannt worden ist, ohne jemand in der Anwendung bekannter Darstellungs-Methoden zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

[Aktenstücke, betr. das Bündniß vom 26. Mai. — Verhandlungen mit Oesterreich.]

VI.

Promemoria des General-Lieutenant von Canitz an den k. k. Ministerpräsidenten, Fürsten von Schwarzenberg.

Seit den wenigen Tagen, als der Unterzeichnete die Ehre hatte, Seiner Durchlaucht dem k. k. Minister-Präsidenten, Herrn Fürsten von Schwarzenberg die Denkschrift vom 9. d. M. vorzulegen, hat sich die Lage der Dinge in Deutschland geändert. Nicht daß die politischen Ansichten Preußens irgend einen Wechsel erfahren hätten, aber die Ereignisse sind fortgeschritten. Die gährende Bewegung ist in eine Krisis ausgebrochen und Erscheinungen, die man früher herannahen sah, stehen jetzt als Thatfachen da. Die deutsche National-Versammlung zu Frankfurt hat ihre Tage beschlossen; die Centralgewalt, die mit ihr und durch sie bestand, kann fortan in ihrem bisherigen Verhältniß keinerlei Autorität mehr behaupten; sie muß sich entweder einer neuen Revolution hingeben, oder eine Stütze bei den noch aufrechtstehenden Regierungen suchen.

Preußen hat alle Mittel und Wege, die zu einer Verständigung mit Frankfurt führen konnten, erschöpft; der Bruch ist geschehen.

Die Parteiführer der Republik (oder was dasselbe richtiger bezeichnet: der Anarchie und des Umsturzes aller politischen und socialen Ordnung) haben sich des Vorwandes bemächtigt:

die von der Deutschen National-Versammlung aufgestellte Reichsverfassung gegen absolutistische Reaktions-Projekte zu vertheidigen.

Dieser Vorwand hat unter einem großen Theile der deutschen Volksstämme Anklang gefunden. Während der Theil der Bevölkerung der Städte und einzelne Distrikte, der jeder Art von Verführung leicht zugänglich ist, alsbald die Gelegenheit ergreift, um Unfug zu beginnen, wurde ein anderer besserer Theil mit einem Schein von legaler Opposition beharrt, und eine große Anzahl rechtlicher Leute dadurch paralysirt und der Wucht der Auführer unterworfen:

daß ihnen positive Anhaltspunkte zum Widerstand gegen ausweichende Forderungen und gegen die frechen Behauptungen der Feinde fehlten.

War doch den deutschen Ländern eine Einheit und Freiheit gewährende Verfassung verheißen; wie sollten denn die Völker nun der Erfüllung dieser Verheißungen entsagen, oder sie von einer unbestimmten Zukunft in passiver Geduld abwarten?

Durch dies Motiv sind die Massen aufgeregte und gegen die Regierung argwöhnlich gemacht worden, welche Stimmung dann leicht von Demagogen ausgebeutet werden kann.

Der Revolution diesen mächtigen Hebel zu entwenden, hält die preussische Regierung für höchst wichtig und nothwendig, um einen Zustand des Friedens, des Rechts und der Ordnung wiederherzustellen.

Die meisten der deutschen Regierungen hatten die Nationalversammlung ihren Gang gehen lassen, ohne ihren Uebergriffen entgegenzutreten; das Verfassungswerk wurde in seinem letzten Stadium in stürmischer Hast, inmitten mannigfacher Parteikämpfe, Transactionen und Coalitionen zum Ende gedrängt; ein Kaiserthron mit demokratischen Institutionen umgeben, sollte aufgebaut werden, um die Einheit Deutschlands ins Werk zu setzen. Nachdem die Krone abgelehnt worden war, handelte es sich um so mehr um jene radikal-demokratischen Projekte, und „Annahme der Reichsverfassung“ ward die Lösung der revolutionären Partei.

Mit der Ausführung der 196 Paragraphen, welche die National-Versammlung am 28. März d. J. als die Verfassung des deutschen Reichs proklamirt hat, kann Deutschland nicht bestehen. Preußen hat nicht gekümmert, dies offen auszusprechen. Mit dieser Negation, so einleuchtend sie ist, ist jedoch die unabwiesliche Aufgabe nicht gelöst: an die Stelle des Unhaltbaren, etwas Haltbares, Möglichen, den Umständen Angemessenes, Hellfames zu setzen.

Die preussische Regierung kann sich dieser Aufgabe nicht entziehen; es handelt sich dabei um ihre eigene Existenz, denn die preussische Monarchie ist zu eng durch mannigfache Bande mit andern deutschen Ländern verbunden, als daß sie sich aus der Gemeinschaft trennen und isoliren könnte. Selbst abgesehen von aller moralisch-politischen Nothwendigkeit würde die geographische Gestalt der preussischen Lande genügend die Unmöglichkeit eines isolirten Abschließens darthun. So hat denn Preußen das Wort ergreifen müssen, um in

der Verwirrung der gemeinsamen Angelegenheiten einen Standpunkt und einen Weg zu gewinnen, auf welchem Friede und Ordnung wieder hergestellt werden können. Der König hat am 15. d. M. zum preussischen Volk gesprochen. Seiner Majestät Regierung hatte schon früher ihren Verbündeten ihre Ansichten mitgetheilt und sie zur Mitwirkung für den gemeinsamen Zweck aufgefordert.

Diese Mitwirkung ist, der Natur der Verhältnisse nach, verschiedener Art. Am allerwesentlichsten verschieden (wie keiner näheren Auseinandersetzung bedarf) ist die Mitwirkung und Unterstützung, die Preußen von dem mächtigen Oesterreich hofft, von der, welche wir denjenigen Verbündeten darbieten, die bereits den Stürmen der Revolution erliegen sind, oder ihnen unfehlbar erliegen werden, wenn sie keine Stütze finden.

Den in den eigenen Landen und in den angrenzenden Bundesstaaten vorkommenden Unordnungen glaubt die preussische Regierung mit eigenen Mitteln abhelfen zu können; die neuesten Ereignisse im südböhmischen Deutschland vereinfachen die Behandlung der Dinge; der Aufbruch tritt in unbemäntelter roher Nacktheit den legitimen Regierungen gegenüber, das verrätherische Treiben der Revolution verlorpert sich, so daß es in offener Feldschlacht bekämpft und besiegt werden kann. Das ist eine dem guten Recht günstige Aussicht, doch ist diese Lage der Dinge nicht die allgemeine in Deutschland, und es kommt im gegenwärtigen Moment nicht nur darauf an, den Unfug der sogenannten republikanischen Regierung, wo solcher auftritt, zu steuern, sondern darauf: allen denjenigen deutschen Ländern, die sich im Zustand innerer Erschütterung befinden, eine Stütze und Hilfe zu gewähren. Die moralisch-politische Hilfe der k. k. Regierung ist es, die wir dazu in Anspruch nehmen, ohne von derselben irgend ein Opfer zu verlangen.

Aus den, in Erwiderung der Denkschrift vom 9. d. M. erhaltenen Mittheilungen, hat der Unterzeichnete mit tiefem Bedauern ersehen, wie die Ansicht seiner Regierung vom k. k. Kabinet nicht getheilt, die engere Vereinigung derjenigen deutschen Staaten, welche sich dazu bewegen finden, zu einem Bundesstaat, nicht für zweckmäßig gehalten, der Antrag einer festen und engen Union des österreichischen Kaiserreichs mit diesem deutschen Bundesstaat abgelehnt wird.

Was die Idee des beabsichtigten Bundesstaats anlangt, so glaubt der Unterzeichnete sich auf die desfalligen früheren Erklärungen seiner Regierung, insbesondere auf die unterm 28. April d. J. an den königl. Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt erlassene Depesche, beziehen zu dürfen, um jeder Voraussetzung von Willkür und von Mißachtung fremden Rechts zu begegnen.

In Bezug auf die ablehnende Erwiderung auf die vier in der Denkschrift aufgestellten Punkte, erlaubt sich der Unterzeichnete, ohne in eine weitere Diskussion einzugehen, nur zu bemerken: daß der Abschluß „einer bindenden Uebereinkunft“ mit dem allerdings noch nicht definitiv konstituirten Bundesstaat, der k. k. Regierung keineswegs angeschlossen worden ist, sondern daß unser Antrag zunächst dahin ging:

daß die k. k. Regierung ihr Einverständnis mit der Bildung dieses Bundesstaats erklären möge.

Noch weniger ist von einer „Unterordnung“ Oesterreichs, weder in Beziehung auf den deutschen Bundesstaat und die Centralgewalt, welche dessen gemeinsame Angelegenheiten leiten soll, und ohne welche er nicht bestehen kann, noch auf die Union Oesterreichs mit diesem Bundesstaate, welcher auf dem Prinzip völliger Rechtspartit und Reciprocität beruhen würde, die Rede.

In Betreff der für den Augenblick dringlichsten Angelegenheit, nämlich der Uebertragung der bisher von Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Johann ausgeübten provisorischen Centralgewalt in andere Hände, erklärt das k. k. Kabinet sich einverstanden mit „der Nothwendigkeit der Schöpfung einer neuen Gewalt, welche aller ihre Thätigkeit hemmenden Beschränkungen entbunden, selbstständig und kräftig den Bedürfnissen zu entsprechen vermöchte, welche deren Einsetzung gebieterisch fordert.“ Doch walten Bedenken ob, diese Centralgewalt, für deren heilsame Wirksamkeit selbstständige Thätigkeit als die nothwendige Bedingung erkannt wird, Preußen anzuvertrauen, und der Antrag des k. k. Kabinetts geht dahin: diese Centralgewalt, von deren kräftiger, dem Bedürfnis des Moments entsprechender Handhabung die Rettung eines ansehnlichen Theils Deutschlands abhängt, in eine Trias zu spalten, von deren Beschlüssen (denen in jedem Falle Verhandlungen vorangehen müßten) die erforderlichen Schritte erst bestimmt werden würden. Preußen würde somit unerfüllbare Verpflichtungen übernehmen; es würde der Disposition über seine eigenen Kräfte entsagen und Maßregeln in eigenen Gebiete von zeitverändernden Kommunikationen abhängig machen müssen, einer Stellung, deren unberechenbare Nachtheile durch die zuversichtlichste Hoffnung des besten Einverständnisses in den gegenwärtigen Umständen nicht aufgewogen werden können. Dies zuversichtliche Vertrauen: daß die gefährliche Krisis, in der sich Deutschland befindet, das gegenseitige Einverständnis der beiden Regierungen nicht stören, sondern befestigen möge, fehlt preussischer Seits nicht.

Der Auftrag, mit dem der Unterzeichnete beehrt worden ist, giebt davon Zeugnis, welchen Werth Preußen auf die Zustimmung des k. k. Kabinetts, selbst einer unausweichlichen Nothwendigkeit gegenüber, legt.

Die Hinzufügung eines dritten Gliedes in der Centralgewalt würde jedenfalls ihre Wirksamkeit noch mehr verzögern, da die vier kgl. Regierungen sich darüber einigen und voraussichtlich mehrere Andere sich eher verlegt als befriedigt durch diese Institution fühlen dürften.

Das Wesentliche für den Theil von Deutschland, welcher der Wirksamkeit einer einheitlichen Centralgewalt bedarf, beruht eben darauf: daß sie von Einer Hand gehandhabt werde, um „der dringenden Gefahr des Augenblicks entgegenzutreten“, wie die Denkschrift vom 16. den Charakter des Verhältnisses selbst bezeichnet.

Preußen wird, wenn seine Vorschläge sich keines Beifalls zu erfreuen haben sollten, wenn also die von den Verhältnissen gestellte Aufgabe nicht erleichtert, sondern erschwert werden würde, doch jedenfalls das Bewußtsein behalten, die Pflicht eines treuen Verbündeten erfüllt zu haben, indem es sich vertrauensvoll an das k. k. Kabinet mit einer offenen Darlegung seiner Ansichten und des Planes wandte, der nicht sowohl freiwillig entworfen, als vielmehr durch die Ereignisse vorgezeichnet ist.

Wenn, wie die Denkschrift vom 16. sagt, Preußens Uebnahme der Centralgewalt, in Deutschland wie auswärts, manches Mißtrauen rege machen und der im Süden Deutschlands gegen Preußen herrschenden Stimmung durch Oesterreichs Theilnahme an der Centralgewalt jeder Vorwand benommen werden würde, so würde diese heilsame und dankenswerthe moralische Unterstützung doch unzweifelhaft durch die Zustimmung der k. k. Regierung vollständig gewährt, aber durch eine Theilung der Executiv-Gewalt im Moment des Handelns und innerhalb ihres Wirkungskreises würde ihre Thätigkeit gehemmt und somit wider das Mißtrauen der Angestrichenen, noch die Frechheit der Republikaner in dem Theile von Deutschland, wo die Centralgewalt ihre Wirksamkeit entfalten soll, überwunden werden.

Die Theilung irgend einer Macht, oder mit anderen Worten: die Theilnahme Mehrerer an gewissen Befugnissen, läßt sich unstreitig in verschiedener Weise denken; materielle, lokale, periodische Grenzen können eine solche Theilung oder Verbindung bezeichnen; in einem Moment, wie der gegenwärtige, würde jedoch der Zweck einer Centralgewalt völlig verfehlt werden, wenn ihr die Einheit der Aktion fehlt. Wien, den 18. Mai 1849.

(gez.) v. Canitz.

An den k. k. österreichischen Ministerpräsidenten u. Herrn Fürsten v. Schwarzenberg Durchlaucht.

VII.

(Aktenstück Nr. 27.)

Promemoria des k. k. Minister-Präsidenten an den General-Lieutenant v. Canitz.

Wien, den 19. Mai 1849.

Das kaiserliche Kabinet vermag nicht die Bedenken zu theilen, welche der königlich preussische General-Lieutenant Freiherr v. Canitz in seiner Denkschrift vom heutigen Tage gegen die Vorschläge erhoben hat, die von Seiten Oesterreichs in Bezug auf die Bildung der für Deutschland zu errichtenden neuen provisorischen Central-Gewalt gemacht worden sind.

Der Zweck, welcher es als gebieterische Nothwendigkeit erscheinen läßt, eine solche Gewalt, ausgerüstet mit möglichst großer moralischer und materieller Kraft in's Leben zu rufen, ist die Bekämpfung der Revolution. Diese bedroht gleichmäßig alle Glieder der großen Staatenfamilie, und demnach ist die Befiegung derselben ein gemeinsames Bedürfnis.

Die mildmächtigen Regierungen Deutschlands sind bereits so weit gelähmt, daß sie schon selbst zu Werkzeugen ihrer Feinde herabgesunken sind, und sich verurtheilt sehen, deren verbrecherischen Plänen die Werke einer scheinbaren Geselligkeit zu leihen, durch welche die Verwirrung aller Rechtsbegriffe auf das Höchste gesteigert, alle Bande des Gesetzes vollends gelöst werden müssen.

Nur auf Preußen, Oesterreich und die königlichen Höfe, welche der Macht ihrer Feinde bis jetzt noch zu widerstehen vermochten, ist der gefährdeten Gesellschaft letzte Hoffnung gesetzt.

Vereinzelt und auf ihre eigene Kraft beschränkt, muß eine jede dieser Stützen, so stark sie auch sein mag, brechen, und nur deren innige Verbindung kann das wankende Gebäude noch vor dem Untergange retten.

Ist wohl zu erwarten, daß dies nicht erkannt, und nicht endlich die schon so theuer erkaufte Erfahrung fruchtbringend werden sollte, daß die ganze Kraft unserer Feinde nur auf deren Einigkeit beruht?

Kann man aber dann nicht auch mit Zuversicht darauf bauen, daß die sich mit Preußen zur Bildung einer provisorischen Centralgewalt vereinigenden Mächte, in ihrem gewis aufrechten Streben nach Erreichung des gemeinsamen und großen Zweckes der Befiegung der Anarchie, die Erfolge dieses Strebens nicht durch kleinliche Rücksichten der Eigenliebe oder wohl gar der Selbstsucht lähmen, und das einzige zum Ziele führende Mittel, die entsprechende Entfaltung aller zu Gebote stehenden Kräfte, in seiner Anwendung beschränken sollten?

Wir können uns einer solchen Beforgnis unmöglich hingeben, und hegen im Gegentheil die feste Ueberzeugung, daß ein jeder der Verbündeten, seinen großen Beruf erkennend, und nur die gemeinschaftliche Aufgabe im Auge behaltend, sich dieser willig opfern werde.

Da Preußen, wie nicht zu verkennen ist, die bedeutendsten Kräfte in den Kampf führt, wird ihm auch gewis gern ein diesen wichtigen Leistungen entsprechender Einfluß auf die Verwendung der Gesamtmacht gegönnt werden, während die Macht der Centralgewalt durch den Eindruck mindestens

verdoppelt wird, welchen der laut und offenkundig ausgesprochene Entschluß der ersten deutschen Regierungen, in inniger Eintracht den ihnen angebotenen Kampf durchzuführen zu wollen, nothwendig hervorbringen muß.

Gezwungen, gegen einen mächtigen und gefährlichen Volkswahn zu Felde zu ziehen, ist den Regierungen die Theilnahme der Gutgesinnten aller Stämme und deren enge Verbindung unentbehrlicher als je, um dem Bunde entgegenzutreten zu können, von welchem die Gefahr droht. Diese Theilnahme kann aber nur dann geweckt, diese Verbindung nur dann zu Stande kommen und zu einer erfolgreichen werden, wenn die Regierungen sich an deren Spitze stellen.

Oesterreichs Beitritt zu der Centralgewalt kann unmöglich das Vertrauen zu derselben schmälern, es muß und wird dies Vertrauen nur noch erhöhen; denn auch die kaiserliche Regierung wünscht Deutschlands Einheit, und wird dieselbe uneigennützig auf jede Weise zu befördern streben, wenn sie auf geschnäbeltem Wege, und nicht auf jenem der Empörung herbeigeführt wird.

Diesem nach liegt es — wir wiederholen diese Zusicherung nochmals — durchaus nicht in unserer Absicht, durch den von uns gemachten Vorschlag der künftigen Gestaltung Deutschlands vorzugreifen. Derselbe möge sich nach erlangtem Siege frei entwickeln, und wird dies auch können, wenn wir nur erst zur wahren Freiheit durch Bewältigung ihrer Feinde gelangt sind.

Wir glauben dargethan zu haben, daß die von uns vorgeschlagene Bildung der Centralgewalt deren Ausübung nicht beschränken, dagegen aber deren Macht und Einfluß wesentlich vergrößern werde.

Wir haben zugleich Bürgschaften für die Zukunft gegeben, und rechnen daher auf Vertrauen für die Gegenwart.

Daß diese drohend sei, darüber klären uns die Vorgänge am Rhein, in Baden und in so manchen anderen Gegenden Deutschlands auf. Daß diese Vorgänge aber nur das Vorspiel der großen Ereignisse sind, welchen wir entgegengehen, ist nicht minder gewiß, und daher eben so unverkennbar, daß ein solcher Entschluß dringend geboten sei.

Wenn Preußen und Oesterreich denselben fassen, tritt auch in dessen Ausführung keine Verzögerung ein, und wird diese in der von uns angedeuteten Weise gesichert, indem das gemeinschaftliche Auftreten dieser beiden Höfe den engen und vertrauensvollen Anschluß der übrigen zur Folge haben wird.

Aber auch von den Gutgesinnten unter den Völkern, deren Unterstützung uns von hohem Werthe ist, wird dieser Beweis von Eintracht freudig begrüßt werden, denn nur er vermag den Süden Deutschlands, in welchem die Sympathien für Oesterreich noch lebhafter sind, als man es ahnen mag, den nördlichen Brüdern aufrichtig zuzuführen.

C. C. Berlin, 31. August. [Die bayerische Polemik.] Worauf es der bayerischen Polemik in der deutschen Verfassungsangelegenheit vor Allem ankommen muß, ist, das Argument selbststüchtiger Partikularistik nicht gegen sich gerichtet und ausgebeutet zu sehen. Denn mit der Blosslegung dieses Argumentes wird der eigentliche Nerv der ganzen bayerischen Intrigue getroffen und gelähmt. Wir kennen schon den Weg, den die bayerische Journalistik in solchen Fällen einzuschlagen pflegt. Wir kennen ihn von der Zeit der bayerischen Arrondirungsgelüste her, als man sich mit der Theilung Badens, mit dem Erwerb der Sponheim'schen Grafschaft und den alten Sympathien in Fulda beschäftigte. Damals konnte die bayerische Presse nicht laut genug die Aufmerksamkeit auf die preussische Vergrößerungssucht lenken. Ein ähnlicher Weg wird in den Artikeln „die Männer von Gotha“ eingeschlagen. Die Motive aller derjenigen Regierungen oder Volksstämme, welche dem sogenannten Dreikönigsbündniß und dem damit ausgegebenen Entwurfe einer künftigen Bundesstaatsverfassung bereits beigetreten sind, werden gruppenweise einer sorgfältigen Sichtung unterworfen, und siehe, es findet sich, daß bei allen die Motive dieselben sind, nämlich partikularistische Selbstsucht, und keine Spur von Hingebung an die Idee der deutschen Einheit. Nachdem die preussische Vergrößerungssucht gebührend gewürdigt ist, heißt es von den kleineren Staaten: „Wenn die kleinen Fürsten sich vor der andrängenden Demokratie unter die Oberherrlichkeit von Preußen flüchten, um Schutz für ihre Existenz und ihren Dominiabesitz zu suchen, so werden wir es beklagen, daß es so weit mit ihnen gekommen ist, wir werden mit Schmerz sehen, daß sie das Wohl ihrer Länder ihrem persönlichen Interesse opfern; aber wir werden keinen Stein auf sie werfen, denn wir werden nicht vergessen, daß Niemanden der Trieb zur Selbsterhaltung zum Vorwurf gemacht werden kann; — doch sollen sie nicht sagen, daß es die Sache Deutschlands sei, die sie im Auge haben. Wenn die Bevölkerungen dieser kleinen Staaten, unmutig durch langjährige Mißregierung, sich nach auswärtiger Hilfe umsehen, . . . so werden wir dies tief betrauern, . . . aber man muß ihnen sagen, daß sie in ihrem Wahn das gemeinsame Vaterland den Sonderinteressen ihres Stammes opfern, und den Männern, die sie dazu verleiten, daß sie sich selbst oder Andere betrügen. Wenn dagegen Regierungen, . . . welche die Wächter der Ehre Deutschlands aus Selbstwahl sein wollen, die Dreikönigsverfassung als einen Kern der Einheit Deutschlands anpreisen und ihre Zwecke unter den Formen der alten dynastischen Politik zu erreichen streben, so müssen wir ihnen sagen, daß sie bewußt oder unbewußt, nur Sonderzwecken dienen und den Geist der Zeit nicht begreifen. — Mit einer solchen Argumentation ist natürlich die bayerische Stellung zur deutschen Einheitsfrage gerettet; wer wollte wohl noch ferner gegen Baiern den Stein des sonderstüchtigen Partikularismus schleudern,

nachdem bewiesen ist, daß die Mitverbündeten des Dreikönigsbündnisses selbst durch nichts als durch Sonderzwecke geleitet worden? Auch das wird man gestehen, daß diese Art der Selbstvertheidigung nicht ohne Geschick geführt ist, — aber man muß uns nicht sagen, daß dieser Kampf mit ehrlichen Waffen gekämpft wird. Wir begreifen es, daß die bayerische Regierung allen Anlaß nimmt, den eigentlichen Schaden ihrer Politik vor den Augen des bayerischen Volkes zu verdecken, um sich so lange als möglich dem Vorwurfe zu entziehen, daß sie das Wohl ihres Volkes lediglich dynastischem Interesse aufgeopfert, wir sehen dies mit Schmerz und aufrichtigem Bedauern; — aber das muß man uns nicht sagen, daß dies ehrlich gegen das bayerische Volk und gegen das übrige Deutschland gehandelt ist. Wir finden es natürlich, wenn die bayerische Regierung nicht daran erinnert, daß sie bei dem Andrängen der Demokratie in der Pfalz und den Gefahren in Franken im Bewußtsein ihres eigenen Unvermögens, sich die Hilfe der preussischen Truppen bereinstimmen ließ; wenn sie aber jetzt mit einem gewissen Bedauern von „kleinen Fürsten“ spricht, mit welchen es so weit gekommen, daß sie sich bei eigener Unzulänglichkeit unter die Oberhoheit Preußens flüchten, — so muß man uns nicht sagen, daß so mit ehrlichen Waffen gekämpft wird, und daß es die große Idee der deutschen Einheit ist, welche durch ein solches Verfahren gefördert wird.

„Ist es Sonderstellung“, sagt der Korrespondent, „von Baiern und Oesterreich, wenn man sich nicht ausschließen lassen will? Ist es Perfidie, wenn man der Gewalt das Recht entgegen hält? — Ist es Intrigue, wenn man offen und bestimmt erklärt, was man will oder nicht will? Baiern hat keine andern Sonderbestrebungen, als den Willen, sich den gegen seine Existenz gerichteten Angriffen zu widersetzen?“

Wir fragen, ist es Ausschließung Oesterreichs, wenn Oesterreich gefragt wird, ob es dem engeren Bunde (im großen) mit Volksvertretung beitreten will, und Oesterreich antwortet: Nein? — Ist es Gewalt, wenn das Dreikönigsbündniß, auf dem rechtlichen Boden der Bundesakte stehend, jedem deutschen Staate den Beitritt freistellt, und mit den übrigen das alte Bundes-Vertrags-Verhältniß konservirt? — Hat Baiern bestimmt und offen zu erklären verstanden, wie die Anforderung der deutschen Nation nach Volksvertretung im neuen Bunde mit der Möglichkeit eines Direktoriums, d. h. einem verengerten Bundestage ohne Gefahr für Deutschland zu vereinigen ist? Das ist gewiß, Baiern hat den redlichsten Willen, sich den gegen seine Existenz gerichteten Angriffen zu widersetzen; aber leider, als dieser Angriff von der Pfalz ausging, konnte es diesen seinen Willen nur mit Hilfe der preussischen Streitmacht durchsetzen. — Ist es nun nicht Perfidie, wenn Baiern, nachdem es solchergestalt von Preußen in seiner Existenz gerettet, den Anschluß an das freigestellte engere Bündniß mit dem Vorwurfe ablehnt, daß es dabei auf einen Angriff gegen seine Existenz abgesehen sei? Baiern sage uns dann, was unter Perfidie anders zu verstehen ist!

A. Z. C. Berlin, 31. Aug. [Kammer-Angelegenheiten. Vermischte Nachrichten.] Nachdem wir bereits mehrfach auf die Fraktionen der zweiten Kammer hingewiesen haben, wird es von Interesse sein, auch die Parteibildungen der ersten Kammer kennen zu lernen. Dieselben sind seit dem Wiederzusammentritt der Kammer durch die vielfachen Veränderungen der Mitglieder nicht unbedeutenden Modifikationen unterworfen worden. Es lassen sich jetzt fünf Fraktionen unterscheiden, nämlich: Centrum, Linke, Rechte (auch im Gegensatz zum eigentlichen Centrum, linkes und rechtes Centrum genannt), äußerste Linke und äußerste Rechte. Die Hauptmitglieder jeder Fraktion sind: 1. Centrum (auch eigentl. Centrum): Jordan, Walther, Särgert, Ikenplig, Hellendorff, Hertefeld, Bötticher; der Versammlungsort dieser Partei ist meistens bei Gaspari. 2. Linke (auch linkes Centrum): Witgenstein, Baumstark, Milde, Frech, Risler, Tamnau; Versammlungsort im Ressourcenlokal der Kammer. 3. Rechte (auch rechtes Centrum): Alvensleben, Kühne, Bonin, Wieleben; versammeln sich meistens bei Schott. 4. äußerste Linke: Gierke, Striethorst, Kuh, Fischer, Burmeister; Versammlungsort in der Konversationshalle. 5. äußerste Rechte: Stahl, v. Gerlach, Bethmann-Holweg, Schlieffen, York; versammelten sich früher bei Zernikow, jetzt im Hôtel des Princes. Es muß dabei bemerkt werden, daß alle diese Fraktionen sich für ihre Zwecke auch der Kammerlokale bedienen, namentlich dann, wenn gemeinsame Beratungen mehrerer eintreten. Ein bestimmt abgeschlossenes Programm scheinen indes nur die beiden Extreme und das eigentliche Centrum aufgestellt zu haben, so daß nur die Linke und Rechte sich mehr zwanglos zwischen ihnen hin und her bewegen. — In der ersten Kammer ist die Verfas-

sungsrevision nunmehr von allen Abtheilungen beendet und der Centralausschuß sorben auch mit dem 1. und 2. Titel fertig geworden. Wahrscheinlich wird der darüber lautende Bericht noch in dieser Woche erstattet und alsdann im Laufe der nächsten mit der Diskussion dieser beiden Artikel in öffentlicher Sitzung begonnen werden. Die Abtheilungen beschäftigen sich inzwischen bereits mit der Berathung der Gemeindevordnung. — In der zweiten Kammer ist die Verfassungskommission gegenwärtig mit ihren Arbeiten bis zum § 38 der Verfassung gebunden. Ihr erster Bericht wird bis zum § 21 gehen und in nächster Woche vertheilt werden. Derselbe soll dann unverzüglich in der Kammer zur Berathung kommen. Die Kommission für die deutsche Angelegenheit hofft bis zum Montag fertig zu sein, so daß ihr Bericht wahrscheinlich am Freitag kommender Woche auf der Tagesordnung stehen wird. — Wir haben schon früher berichtet, daß die Abgeordneten v. Rohrscheidt und Genossen an die zweite Kammer den dringlichen Antrag gestellt hätten, in der Geschäftsordnung die Bestimmung aufzunehmen, daß die Kommission am Schluß jeder Woche dem Kammerpräsidium eine kurze Anzeige über den Fortgang ihrer Geschäfte zu erstatten hätten, auf Grund welcher dann das Bureau eine allgemeine Uebersicht zusammenstelle, welche als Beilage den stenographischen Berichten beigelegt werden solle. — Es scheint dieser Antrag aus dem gestern beregten und von zahlreichen Kammermitgliedern empfundenen Uebelstande entsprungen zu sein, daß die öffentlichen Sitzungen überaus langsam vorrücken und das Land inzwischen über die Arbeiten seiner Abgeordneten im Ungewissen bleibt. Dem würde allerdings durch den gedachten Antrag abgeholfen werden. Der Antrag fand daher auch, wie bekannt, bei seiner ersten Verlesung in der neuesten Sitzung die nöthige Unterstützung und wurde, nachdem der Antragsteller auf das Gebieten des Präsidenten, solche Notizen freiwillig zu sammeln und zu veröffentlichen, die Dringlichkeit hatte fallen lassen, der Kommission für Geschäftsordnung zur Vorberathung überwiesen. Die Kommission hat indes jetzt, wie wir hören, den Antrag mit 9 gegen 2 Stimmen abgelehnt und wird der Kammer vorgeschlagen, darüber zur Tagesordnung überzugehen. Sie hat sich zunächst darauf gestützt, daß in keiner Geschäftsordnung anderer Parlamente sich eine derartige Bestimmung finde, woraus zu erhellen scheine, daß ein derartiges Bedürfnis nirgends vorhanden gewesen sei. Alsdann macht sie geltend, daß die verlangte Veröffentlichung gar leicht Mißverständnisse über die Thätigkeit der einzelnen Kommissionen herbeizuführen geeignet sei. Oft nehme ein Paragraph mehrere Sitzungen in Anspruch und umgekehrt würden in einer Sitzung mehrere Paragraphen erledigt. Die Kommission ist daher der Meinung, daß man es bei den vom Präsidenten versprochenen Mittheilungen am Zweckmäßigsten bewenden lasse. — Als neuerdings unter die Mitglieder der zweiten Kammer vertheilte Druckfachen sind anzuführen, zunächst der Bericht der Kommission für Geschäftsordnung über den schon mitgetheilten dringlichen Antrag des Abgeord. Herrmann, eine aus 14 Mitgliedern bestehende Kommission zu erwählen, welche die Ursachen der Noth der westphälischen und schlesischen Spinner und Weber und die möglichen Mittel zu deren Hebung zu berathen habe. Es war hiezu noch ein Amendement des Abgeord. v. Hanstein eingegangen, welcher die Untersuchung auch auf die Eichsfeld'schen Weber ausgedehnt wünscht. Die Kommission hat indes weder die Dringlichkeit noch den materiellen Inhalt des Antrages befürwortet. Dringlich seien jetzt nur die großen organischen Fragen, Verfassungsrevision, deutsche Frage etc., nicht aber eine rein lokale Angelegenheit. Außerdem bestehe bereits in der ersten Kammer dieserhalb eine Kommission, deren Arbeiten eventuell an die zweite Kammer gelangen würden und endlich habe die Regierung dem beregten Gegenstande bereits thätigst ihre lebhafteste Aufmerksamkeit zugewendet. Ein zweiter, ebenfalls vertheilter Bericht ist von der Kommission für Gemeindevesen erstattet. Derselbe betrifft die auf Grund des Art. 105 erlassene Verordnung vom 6. Januar 1849, wegen Aufhebung der Verpflichtung zur unentgeltlichen Hülfsleistung bei Räumung des Schnees von den Chaussees. Dieser Gegenstand ist für die Landbewohner sehr wichtig und schon in der Nationalversammlung lebhaft zur Sprache gekommen. Nach der Kabinettsordre vom 8. März 1832 ist verfügt, daß die Einwohner einer verschnittenen Feldmark sofort die Wege aufräumen, insbesondere verschneite Fuhrwege befreien müssen. Dies mußte mit geringen Ausnahmen unentgeltlich geschehen. Da hieraus für gewisse Gegenden unverhältnißmäßige Lasten und daraus zahlreiche Reklamationen entstanden, welche man theilweise schon früher im Verwaltungswege zu beseitigen gesucht hatte, so erging unter dem 6. Januar d. J. eine Verordnung, welche für die Hauptfälle die Unentgeltlichkeit der Hülfsleistung aufhob. Die Kommission ist indes jetzt noch weiter gegangen. Sie trägt zunächst darauf an, anzuerkennen, daß die Veranlassung

zu der Verordnung vom 6. Januar eine dringliche gewesen und der vorläufige Erlaß also zu billigen sei. Dann aber legt sie in der Sache selbst einen neuen Entwurf vor, worin sie ganz allgemein die Verpflichtung ausspricht, Kunststraßen vom Schnee zu reinigen, aber auch eben so allgemein die Berechtigung, dafür das ortsübliche Tagelohn zu fordern. Dies zahlt der zur Unterhaltung der Straße Verpflichtete. Es ist dieser Bericht die erste Genehmigung eines oktroyirten Gesetzes. — Wie wir erfahren, ist der Frau des bekanntlich durch das Kriegsgericht zum Gefängnis verurtheilten Stadtverordneten Klir angedeutet worden, der General v. Brangel würde es nicht ungern sehen, wenn sie jetzt noch einmal für ihren Mann um Begnadigung nachsuche. Es scheint aber, als wenn die Familie des Herrn Klir dies mit Rücksicht auf frühere erfolglose Schritte nicht für angemessen erachtete. Inzwischen haben sich die Stadtverordneten, nachdem die nach Sanssouci abgeschickte städtische Deputation diesen Punkt mit Stillschweigen zu übergeben für gut fand, worüber in einer geheimen Sitzung eine sehr heftige Aufregung statt hatte, ihrer Seite lebhaft für die baldige Befreiung ihres Kollegen verwandt. Man hofft, daß diese Verwendung nicht ohne Erfolg bleiben werde. — Von gestern bis heut Mittag sind nur 44 neue Cholera-Erkrankungen gemeldet. Bei dieser fortwährenden Abnahme hat die städtische Behörde verfügt, daß das in der Markgrafenstraße belegene Cholera-Hospital keine neuen Kranken mehr aufzunehmen habe, um nach Entleerung von den gegenwärtigen geschlossen zu werden. — In Bezug auf die gestern erwähnte Miethsteuer-Differenz zwischen Berliner Gärtnern und der Servis-Deputation ist noch nachzutragen, daß es sich hier um keine neue, sondern lediglich um eine erhöhte Steuer handelt, welche den Gärtnern schon vor Jahren auferlegt worden ist, um ihre zu geringfügige Besteuerung mit denen anderer Grundbesitzer in Einklang zu bringen. Diese Erhöhung kam indes damals nicht zur Ausführung und ist daher jetzt wieder aufgenommen. — Am künftigen Dienstag werden die neugewählten Stadtverordneten feierlich in ihr Amt eingeführt werden. — Der König verlebte den gestrigen Tag in Charlottenburg und arbeitete daselbst mit den Ministern. Abends kehrte er zu Wagen nach Potsdam zurück. — Von den Polizeibeamten hört man immer lebhaftere Klagen darüber, wie schwierig der Behörde die vorgeschriebene Ueberwachung der Klubs und Vereine werde. Die Zahl derselben soll sich bereits auf mehrere Hundert belaufen. Die demokratische Partei hat ihre Organisation jetzt über die ganze Stadt ausgedehnt und systematisch abgeschlossen. Eine so eben erschienene Broschüre von Adolph Streckfuß: „Die Organisation der Volkspartei in Berlin“, giebt nähere Auskunft darüber, indem sie sowohl die neun großen Volksvereine und ihre Statuten, als auch die Bezirksvereine, die Bezirksvertreter u. vollständig aufzählt. Fast in jedem Volksverein ist ein Mai-verurtheilter zum Vorsitzenden gewählt; doch sollen mehrere abgelehnt haben. Es ist natürlich, daß die Polizei um so schärfer ihr Augenmerk hierher richtet, und eine Folge davon waren die mehrfachen Auflösungen von Versammlungen, deren die Zeitungen in den letzten Tagen gedachten. Eine solche ist noch erst gestern Abend im achten Volksverein unter Dr. Junz in der Kaiserstraße vorgekommen, als ein Redner bei Gelegenheit einer Berathung über die Reorganisation der Bürgerwehr, die unlängst in der ersten Kammer gefallene Aeußerung, daß keine Petition für Beibehaltung der Bürgerwehr eingegangen sei, für eine „Unwahrheit“ erklärte. Diese Streng in der Handhabung der polizeilichen Aufsicht einerseits, wie die behördlichen Klagen über die Schwierigkeit ihrer Durchführung andererseits, lassen mit ziemlicher Sicherheit darauf schließen, daß die erwarteten neuen Gesetzentwürfe über das Klubwesen sehr restringirender Natur sein werden. — Der hiesige Magistrat hat so eben in seinem Kollegio ein umfassendes Gutachten über die neue Gemeinde-Ordnung zu Ende berathen, nachdem dasselbe von einer gemischten Deputation aus Magistratsbeamten und Stadtverordneten vorbereitet war. Dasselbe soll nun in mehreren tausend Exemplaren gedruckt und dann an die Mitglieder beider Kammern vertheilt werden. Ob die Stadtverordneten, denen dies Gutachten ebenfalls zugehen wird, sich demselben anschließen oder ein besonderes ausarbeiten werden, steht abzuwarten. — **Berichtigung.** In dem vorgestrigigen Artikel über das den Schlächtern und Bäckern erlassene Zwölftel ihrer Steuern findet sich durch einen Schreibfehler eine Null zu viel angegeben. Dasselbe beträgt nicht 12,000, sondern nur 1200 Thaler.

C. B. Berlin, 31. August. [Tagesbericht.] Der Bürgermeister Smidt aus Bremen, welcher die freie Hansestadt bei den Verhandlungen in der deutschen Angelegenheit vertritt, ist hierher zurückgekehrt. — Der ersten Kammer liegt wiederum ein umfangreicher Bericht über eingegangene Petitionen vor. Ein großer Theil der Gesuche bezweckt Abhilfe privater Nothe, Reklamationen wegen angeblich durch Justiz- und Verwaltungsbehörden erlittenen Unrechts

und dergl. Bemerkenswerth sind die Menge von Beschwerden, welche sich auf kirchliche Verhältnisse beziehen. Die Groß-Glogauer und Saganer Synode u. A. beklagen die Lösung der Kirche von der Staatsgewalt, die Belastung des geistlichen Standes durch Einführung der Civilehe und Entziehung der Immunitäten. Evangelische Gemeinden verlangen die Zurückgabe katholischer Kirchen und Schulen, katholische wollen Rückgabe des ihnen genommenen Kirchengutes, ein Graf Wartensleben auf Schwierigkeiten beantragt „Wiederherstellung der lutherischen Kirche in Preußen, im Gegensatz gegen die der Gerechtigkeit, dem Rechte und den Gesetzen entgegenstehenden Maßnahmen des Staatsregiments.“ Aus Werben a. d. Ruhr wird darüber geklagt, daß nur vier katholische Militär-Seelsorger in der ganzen Monarchie fungiren, während von protestantischen deren 57 angestellt seien. Lehrer wollen Unterhaltung aus Staatsfonds, ja auch ein jüdischer Lehrer glaubt ein Recht auf Besoldung aus städtischen Fonds ansprechen zu dürfen. Demnächst sind es die agrarischen Verhältnisse, welche zu vielfachen Bitten und Beschwerden Anlaß gegeben haben. — Die benachbarte Stadt Wittenberg, die als die Wiege des Protestantismus, zugleich aber auch als ein von mehreren Bahnhöfen in größerer oder geringerer Entfernung gestreifter Ort für derartige Versammlungen vorzugsweise geeignet ist, wird in der ersten Hälfte des nächsten Monats eine Anzahl kirchlicher Kongresse in ihren Mauern haben. Den Anfang macht am 10. September die General-Konferenz der lutherischen Kirche Preußens, d. h. derjenigen von der unierten Kirche abgetrennten Gemeinden, die sich auf die lutherischen Bekenntnisse fundirt haben. Am 11. und 12. September wird die schon im vorigen Jahre abgehaltene Versammlung evangelischer Geistlichen und Laien zur Gründung eines deutschen evangelischen Kirchenbundes wiederholt werden. An diese schließt sich ein „Kongreß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche“ an, der sich am 13., 14. und 15. September versammelt wird. Der hiesige Pastor Krummacher wird über die Lösung der Aufgabe der inneren Mission in Städten Bericht erstatten; der Abg. Graf Krassow und der als Dichter bekannte Gutsbesitzer Ph. Nathusius haben das Referat über Volkschriftenwesen. Auch die Auswanderung wird Gegenstand der Verhandlungen sein. Ueber diese wichtige Frage hat der Central-Ausschuß, an dessen Spitze Herr v. Bethmann-Hollweg steht, dem Hofprediger Bender aus Darmstadt das Referat übertragen. Außerdem werden Rettungshäuser, Fürsorge für Gefangene und entlassene Sträflinge (Referenten Pastor Treviranus aus Bremen und Pfarrer Sohr aus Rassel.) Theilnahme an der Volksschullehre an der inneren Mission, Sabbathheiligung, Armen- und Krankenpflege, „Reisepredigten“, Kolportage und verwandte Gegenstände zur Erörterung kommen. — Die Gewerbe-Ausstellung nimmt noch fortwährend das Interesse der Behörden wie des Publikums lebhaft in Anspruch und hat auch für einzelne Aussteller glänzende Erfolge gehabt. Fast täglich werden noch neue Gegenstände eingeliefert. Auch die Zahl der Besucher ist größer als Anfangs, besonders sind davon Viele aus den Provinzen hier. Die Kommission für Gewerbeswesen der zweiten Kammer nimmt heute die Erzeugnisse berliner Industrie und Kunst in näheren Augenschein. Gestern war ein Einwohner Bahia's (in Brasilien) in der Ausstellung und erkundigte sich sehr anlegentlich nach dem Preise u. vieler Gegenstände, von denen er manche ankaufte, andere späterem Bezuge vorbehielt. Auch von einem Schweden wurden Ankäufe gemacht.

[Oberstleutnant v. Rango] ist nicht, wie mehrere öffentliche Blätter absichtlich glauben zu machen suchen, von einem preussischen Kriegsgericht nach preussischen Gesetzen verurtheilt, sondern vor ein von den badischen Behörden eingesetztes Standgericht gestellt und nach badischen Gesetzen bestraft. Vor ein preussisches Kriegsgericht konnte v. Rango nicht gestellt werden, weil er aufgehört hat, preussischer Unterthan zu sein, und die preussischen Militärgerichte in Baden, wie nicht oft genug wiederholt werden kann, über Nichtpreußen nicht zu urtheilen, und bisher auch nicht geurtheilt haben.

Königsberg, 29. August. [Der hiesige Arbeiter-Verein], der jetzt wieder reichlich mit Geldmitteln versehen zu sein scheint, hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine eigene Zeitung herauszugeben, angeblich, um das Volk aufzuklären. Der Banquier Warschauer, ein Schwiegervater des Abgeordneten, Professor Simsen, wird mit seiner Familie nach Berlin übersiedeln.

Münster, 30. August. [Wahlen.] Bei der heute stattgefundenen Erwählung für die Iste Kammer wurden gewählt: 1) Domdechant und Professor Ritter in Breslau; 2) geheimer Regierungsrath Alrike in Berlin.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 29. August. [Der Prinz von Preußen, Erzherzog Johann. Die neue Centralgewalt.] Wir haben bis zum

Schlusse dieser Woche noch das Eintreffen zweier erlauchten Personen zu gewärtigen, nämlich Sr. k. Hoh. des Prinzen von Preußen und Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Johann von Oesterreich — des Ersteren, da das Hauptquartier der unter des hohen Prinzen Kommando stehenden Rhein-Armee von Karlsruhe nach Frankfurt verlegt wird, des Letzteren aber um so gewisser, indem heute beim Reichsministerium die Meldung einging, Sr. k. Hoh. habe am 26. d. M. Bad Gastein verlassen, um die Rückreise nach Frankfurt, muthmaßlich über Wien und Hohenwangau, anzutreten. Zugleich wird uns mitgetheilt, es hätten sich die deutschen Großmächte über eine neue Gestaltung der Reichs-Centralgewalt dem Prinze nach nunmehr verständigt, und es handele sich unter ihnen nur noch um die praktische Anwendung des Prinzips selber. Ich übergehe, was in dem Betreff in hiesigen Kreisen debattirt wird, um so eher mit Stillschweigen, als es doch nur mehr oder minder gewagte Hypothesen sind, worin es unsere Konjunkturalpolitiker bis zu einer gewissen Virtuosität gebracht haben. Doch will ich so viel bemerken, daß man ausschließlich Prinzen, drei mächtigsten deutschen Herrscherfamilien angehörig, als demnächstige Träger der neuen Centralgewalt nennt.

(Reform.)

Mannheim, 28. August. [Ezekution.] Heute Nachmittag gegen halb 5 Uhr wurde der Soldat des 2. badischen Infanterie-Regiments, Peter Lacher aus Bruchsal, nach Seitens des badischen Kriegsministeriums erfolgter Bestätigung der von dem gestrigen Kriegsgerichte gefällten Urtheile, standrechtlich erschossen und sein Kamerad Joseph Wegger aus Freiburg in das Gefängnis zu Bruchsal abgeführt. (D. P. 3.)

Nastatt, 26. August. [Ezekution.] Mniowski ist gestern Abend nach 7 Uhr erschossen worden. Wie im Urtheile, benahm er sich bei der Hinrichtung als ein Soldat, der den Tod nicht fürchtet. Die Augen ließ er sich nicht verbinden, dagegen kniete er, wie es bei den französischen Ezekutionen Sitte ist.

(Schw. M.)

Stuttgart, 28. August. Heute früh ist Sr. Majestät der König auf der Eisenbahn in der Richtung nach Geislingen von hier abgereist, und wird dem Vernehmen nach, einige Tage ausbleiben. — Heute marschirte eine Truppen-Abtheilung von hier ab, wie es heißt, nach Nürtingen, wo in den letzten Tagen Widersetzlichkeiten gegen die Behörden vorkamen.

(Schw. M.)

Hannau, 28. August. Heute Nachmittags 3 Uhr ist die unter dem Kommando des Generalmajors von Specht stehende Abtheilung kurhessischer Truppen hier eingerückt.

Bremen, 29. August. [Anschluß.] Die Bürgerschaft von Bremen hat den Anschluß an das Berliner Bündniß, unter Voraussetzung der Wahrung der Bremischen Verfassung, mit 118 gegen 103 Stimmen genehmigt.

(Bremer Z.)

Lübeck, 29. August. [Nichtanschluß.] Der Senat hat nur zum zweiten Male den Antrag zum Anschluß an das Dreikönigs-Bündniß an die Bürgerschaft eingebracht, welche heute eine Sitzung zu diesem Behufe hatte. Der Anschluß Lübecks wurde demnach unter Hinzufügung des Vorbehalts, daß die Majorität, bevor sie sich für den Beitritt auszusprechen beabsichtige, zuvor die Zustimmung der preussischen Kammern zum preussisch-sächsisch-hannoverschen Verfassungsentwurfe abwarten wolle, mit 46 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Wir können indes bestimmt versichern, daß in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft die Entscheidung für den Anschluß ausfallen wird, da die Entscheidung Hamburgs in dieser Angelegenheit hier ihren Eindruck nicht verfehlt hat. Die Einsicht, daß man bei der Neugestaltung des deutschen Vaterlandes, um einen sicheren und festen Halt zu gewinnen, sich vertrauensvoll an Preußen anschließen müsse, gewinnt immer mehr Entfaltung.

(Reform.)

Oesterreich.

N. B. Wien, 31. August. [Tagesbericht.] Der Kaiser wird nächstens in Begleitung des Handelsministers eine Reise nach Triest antreten, und dabei auch die italienischen Provinzen besuchen, und die Rückreise über Agram nehmen. — Die Ernennung des J. M. L. Giulay's zum Gouverneur von Ungarn soll noch nicht bestimmt sein. Die Ansicht des Banus, der morgen hier erwartet wird, soll erst den definitiven Beschluß herbeiführen. — Der Kaiser hat durch ein Handbillet dem Banus aufgetragen, über die Constituirung der Militärgränze und über die Art und Weise, wie die Reichsverfassung mit dem Militär-Grenz-Institute in Einklang zu bringen sei, sein Gutachten abzugeben. — Man vernimmt, daß in Ungarn und Siebenbürgen die Einführung der Grundsteuer in Angriff genommen werden soll. — Das Unterrichtsministerium soll die Absicht haben, jedem Volke der österreichischen Monarchie die Wahl der Unterrichtssprache für seine Schulen zu überlassen. Demnach würden also in den vorherrschend czechischen Kreisen nicht nur czechische Volksschulen, sondern auch czechische

Gymnasien entstehen. — Professor Küster soll auf dem Landgut eines seiner Freunde unweit Orford sich aufhalten und die Geschichte der letzten Revolutionen schreiben. — In Wimpasing (zwischen Gloggnitz und Wiener Neustadt), war am 26sten früh 8 Uhr ein so heftiges Erdbeben, daß die Mauern mancher Häuser Schaden litten.

* **Wien, 31. August.** [Berg. — Radezki. — Schwarzenberg. — Das Hauptquartier Hainau's zurück nach Pesth. — Unterwerfung des letzten magyarischen Corps in Siebenbürgen.] Der russisch-kaiserl. General-Lieutenant v. Berg, welcher von der Donau-Armee über Ruma, Peterwardein u. hierher zurückkehrte, hat vorgestern aus den Händen Sr. Maj. des Kaisers das Großkreuz des St. Stephan-Ordens erhalten. — Das Gerücht, daß der Marschall Graf Radezki hierher kommen werde, macht einen höchst günstigen Eindruck. Seine Ankunft bildet das Tagesgespräch. — Der Minister-Präsident Fürst Schwarzenberg hat eine Erkursion nach Linz gemacht und wird heute zurück erwartet. — Nach Berichten aus Pesth vom 30. war der FML. v. Hainau mit seinem Hauptquartier all dort zurück. Schon in Urad erhielt man noch am 27. die Nachricht, daß sich das letzte magyarische Armeekorps, unter Kozinski in Siebenbürgen, 15,000 Mann mit 30 Kanonen stark, zu ergeben bereit erklärte. — Bei Komorn bis gestern keine Veränderung.

N. B. **Wien, 31. August.** [Ungar. Angelegenheiten.] Eine Pesther Korrespondenz des „Lloyd“ bringt eine Nachricht, die gewiß große Sensation erregen wird. Dieselben ungarischen Notizen, welche in allen Gegenden Ungarns, die vom österreichischen Militär besetzt sind, ihren Besitzern zwangsweise abgenommen und öffentlich vernichtet werden, sollen vom russischen Kommando für vollständig erklärt worden sein, ja russische Offiziere sollen diese Notizen aufkaufen und sammeln. Zwar tauchen seit einiger Zeit wiederholt Andeutungen über eine Art von diplomatischen Verhandlungen auf, die zwischen den russischen Heerführern und den Leitern der ungarischen Insurrektion, um diese zur Unterwerfung zu bewegen, gepflogen wurden; zwar spricht man von verschiedenen Zugeständnissen für das pacifizierte Land, welche Rußland bei der österreichischen Regierung zu bekräftigen versprochen. Möglicherweise auch die ganze oder theilweise Anerkennung der ungarischen Notizen zu jenen Konzessionen gehört. — Der russische General Müdiger lud vor einiger Zeit Görgey nebst allen gefangenen ungarischen Generalen zur Tafel, bei welcher er zwischen Görgey und Kis saß. Die ungarischen Chefs trugen die glänzendsten Uniformen, während Görgey im schlichten Honvedrock und einem grauen Kalabreser, ohne alle Abzeichen seines früheren Ranges erschien. Er trägt seinen Kopf wegen der bei Acs am 2. Juli erhaltenen Wunde verbunden und sieht sehr ernst und melancholisch aus. — Hauptmann Gregorovich, der wegen Verdachts des Verrathes bei Hegyes in Untersuchung war, ist auf freien Fuß gesetzt worden, da keine Beweise gegen ihn vorlagen. — Die Pesther und Preßburger Zeitungen enthalten ganzen Spalten von Verurtheilungen, theils zum Tode, theils zu schwerem und leichtem Kerker. — Kossuth's Mutter nebst dessen 4 Kindern, dann Guyons Gattin sind gefänglich in Preßburg eingebracht worden, letztere befindet sich wieder auf freiem Fuße (s. dagegen unten).

[Die ungarischen Heerführer.] Die „Bukarester Ztg.“ die in der Regel nur aus amtlichen Quellen schöpft, enthält in ihrem Blatte vom 20. August folgende interessante Neuigkeiten: Vor zwei Tagen kam hier aus achtbarer Quelle die Nachricht an, daß bei den an der Grenze gegen Desowa aufgestellten kaiserlich ottomannischen Truppen (unweit Bertscherowa, die letzte Poststation in der Walachei) 20 reisende Kaufleute mit Gepäck aus Ungarn angekommen waren. Bei näherer Untersuchung ergab es sich, daß dies ungarische und polnische Offiziere waren, die in dem Insurgentenheer gedient hatten, und daß sich unter ihnen die Generale Mesaros und Dembinski befanden. Alle sollen nach der türkischen Festung Widin gebracht werden.

Montag, 20. August. 10 Uhr. Ein so eben von der Grenze angekommener Privatbrief meldet, daß der Insurgenten-General Perczel mit seinem Bruder und Kossuth's Familie mit vielem Gepäck auf wallachischen Boden übergetreten sind. — Diese Nachrichten bedürfen der Bestätigung.

Mittag. So eben geht die militärische Meldung hier ein, daß Kossuth sich ebenfalls in der Walachei befindet. An der Grenze, die von kais. ottomannischen Truppen besetzt ist, wurde er so gleich von diesen in Empfang genommen und wird von ihnen bewacht. (W. Z.)

Gernowitz, 25. August. [Bem.] Heute wurden die Insurgenten-Hauptleute Kis, ein Verwandter des hier lebhafte verstorbenen magyarischen Obersten gleichen Namens, und Deesz, unter russischer Escorte und Begleitung eines Offiziers hier eingebracht. So eben

verbreitet sich das Gerücht, daß Bem gefangen worden sei, und schwer verwundet im Spital zu Bukarest darnieder liege; auch heißt es, daß er, sobald es nur thunlich sein wird, hierher gebracht werden soll. (Lloyd.)

*** **Aus Ungarn, 28. August.** [Magyarische Correspondenz.] Fortwährend auf Reisen in Ungarn begriffen, habe ich reiche Gelegenheit, die unbeschreiblich schmerzvolle Stimmung des ungarischen Volks kennen zu lernen. Man erklärt allgemein den Görgey für einen Verräther, denn über die Selbstsucht dieses höchst übermüthigen Emporkömmlings war schon lange im ganzen Lande nur eine Stimme. Zur Aufhellung dieses so räthselhaften Schlusses der ungarischen Revolution wird Folgendes beitragen. — Mit der Erstürmung der Ofener Festung hatte das ungarische Revolutionsglück den Gipfel erreicht. Sofort traten nun für den Tiefblickenden die traurigen Symptome des Rückfalls und Verfalls hervor. Die Uneinigkeit, dieser Fluch der Revolution, welche Kossuth's heroische Persönlichkeit und beispielloser Einfluß so lange gebannt hatte, nahm von nun an immer mehr überhand, so wie Görgey's Troß und Uebermuth keine Schranken mehr kannte. Nach der Erstürmung Ofens z. B. verließ die National-Versammlung in Debreczin dem General Görgey den Verdienst-Orden erster Klasse und ernannte ihn zum Feldmarschall-Lieutenant, welche Auszeichnung eine Deputation der National-Versammlung dem General überbrachte. Aber dieser wies die Auszeichnung auf brutale Weise zurück, indem er derselben nicht bedürfte. Kossuth aber wagte es nicht im Interesse der Sache einen General mit Mißtrauen zu behandeln, welcher weniger aus Herrschsucht, als aus brutalem Uebermuth jede Autorität ins Gesicht schlug, alle befähigteren Generale, wie Bem, Dembinski, Wetter, Kulich u. A. absichtlich beleidigte, und seinen Generalstab aus unfähigen Speichelleckern zusammensetzte. Die kostbare Zeit des Monats Juni veränderte Görgey mit ungemessenen Ansprüchen und Forderungen. Leider war gerade jetzt Kossuth's Kurzsichtigkeit in den entscheidenden Momenten eben so groß, wie in anderer Beziehung seine Hingebung und geniale Schöpferkraft. Nach der unglücklichen Schlacht bei Raab schrieb Görgey nach Pesth, daß die ungarische Regierung dort nicht mehr sicher sei, sie müsse sich daher zerstreuen und ihm, dem General, alles Uebrige überlassen. Eine solche Zumuthung mußte endlich Kossuth in Harnisch bringen, jetzt war es aber schon zu spät. Es wurden die Generale Kis und Kulich mit einem Minister an Görgey abgeschickt, um denselben zum Gehorsam zurückzuführen, oder als Empörer erschießen zu lassen. Aber Görgey bekam Wind von der Sache und wußte die ausgesendeten Kommissäre durch Vorpiegelung von der weiteren Reise abzuschrecken. Unterdessen ward der unglückselige General Mesaros zum Oberbefehlshaber sämtlicher Truppen ernannt. Zu Görgey ging der energische Deputirte Louis als Kommissar ab, und Görgey versprach, dem neuen Oberbefehlshaber gehorchen zu wollen. Doch ging dieses Versprechen nie in Erfüllung. So kam es, daß die Heißarmee von der Hauptarmee unter Görgey abgeschnitten ward. Als dieser sich bei Wajzen durchgeschlagen, referirte er nach Szegedin, daß Paskeiwitsch ihn aufgefordert habe, den Herzog von Leuchtenberg zum König von Ungarn auszurufen zu lassen. Kossuth reiste hierauf selbst zu Görgey, konnte aber wegen Unsicherheit des Weges nicht mit ihm zusammentreffen, worauf die Minister Szemere und Batthyany zu Görgey geschickt wurden. Vergebens wartete man aber auf die Vereinigung Görgey's mit der Heißarmee, und als die Katastrophe hereingebrochen, gestanden selbst die feindlichen Generale, daß dieselbe nur durch die Nichtvereinigung Görgey's mit den übrigen Truppenkorps herbeigeführt worden sei. Nicht minder eigensinnig betrug sich der bewunderte Bem, wiewohl auf eine feine Manier. Als ihm Kossuth die Weisung zugehen ließ, Siebenbürgen zu räumen und sich mit der Hauptarmee zu vereinigen, schrieb Bem zurück, daß diese Weisung gewiß untergeschoben sei, er sie daher unbeachtet lasse, und doch hatte Kossuth selbst alle Briefe an Bem geschrieben.

Brünn, 28. August. [Ein österreichisches Armeekorps von 30,000 Mann bei Vorarlberg.] Das Regiment Sachsen-Koburg Husaren, welches bisher in Galizien stationirt war, wird übermorgen hier erwartet. Dasselbe befindet sich auf dem Marsche nach Vorarlberg, woselbst ein Lager von beinahe 30,000 Mann konzentriert wird, und die Bestimmung haben soll, allenfalls zur Lösung des sich immer mehr verwickelnden Knotens in der deutschen Frage das Nöthige beizutragen. (Lloyd.)

J. Prag, 29. August. [Eine republikanische Partei. Vermischtes.] Unsere Umgebung gewinnt täglich ein mehr Festung ähnliches Ansehen; denn kaum

ist das Blockhaus auf der Brucka fertig, so beginnt man ähnliche auf dem Laurenziberge und anderen Anhöhen. Die Inhaftirten, über 60, sitzen noch immer ohne Urtheil; der größte Theil derselben sind Studenten der Verbindung „Markomannia“, auch einige Commis und Handwerker. Nichtsdestoweniger ist eine gewisse Partei noch immer thätig und man ist erst neuerdings Versammlungen, welche ins Geheim in Rossin, 1 Stunde von Prag, abgehalten wurden und republikanische Zwecke hatten, auf die Spur gekommen und dürften in Folge dessen erneute Verhaftungen vorkommen. — Graf Leopold Radezky, der aus Karlsbad als Gefangener vor die Preßburger Untersuchungs-Kommission gestellt worden, ist hier durch nach Theresienstadt gereist, wo er vier Jahre Festungsarrest ausstehen soll. Man erwartet eben dort Arthur Görgey, der in Kurzem eintreffen soll. — Unser Belagerungszustand wankt dem Grobe zu; bereits sind wieder vor unseren Hauptwachen die beiden Kanonen aufgestellt, wie früher. — Dr. Rieger wird in Prag erwartet; er dürfte aber kaum so unbesonnen sein, unter den obwaltenden Verhältnissen hierher zurück zu kehren. — Göthe's 100jähriger Geburtstag wurde gestern im Theater durch eine Festvorstellung — Scenen aus seinen besten Werken, sammt vorhergehenden Prolog — gefeiert und der Ertrag theilweise der Göthefestung bestimmt.

X **Triest, 29. August.** [Ankunft der Marianna. Aufhebung des Blockadezustandes von Venedig. Suspendirung jeder Verzehrungssteuer in Venedig. Eindruck der Bastonnade. Flotte.] So ändern sich die Zeiten! Das österreichische Dampfschiff, welches zu Anfang vorigen Jahres in die Gewalt der Venezianer gerathen und von ihnen mit dem damals beliebten Namen Pio Nono getauft worden war, ist heute früh unter seinem früheren, beschidenen Namen Marianna in unsern Hafen eingelaufen. — Eine gestern Abend erschienene, von dem provisorischen politischen Chef des illyrischen Küstenlandes, Herberstein, unterzeichnete Bekanntmachung thut den Triestern kund, daß der Blockadezustand Venedigs und seines Gebietes, so wie alle seit Anfang vorigen Jahres auf dem Verkehre mit dieser Stadt lastende Beschränkungen und Verbote von dem obersten Marine-Kommando aufgehoben sind. Auch ist es wieder erlaubt, daß Venezianer als Kapitäne oder Matrosen auf österreichischen Handelsschiffen fungiren. Nach einer zweiten Bekanntmachung hat General Gorzkowski jede Art Verzehrungssteuer in der Stadt Venedig bis auf Weiteres suspendirt, um dadurch die Verproviantirung dieses Plazes möglichst zu erleichtern. — Der prinliche Eindruck, den die neulich in Mailand stattgefundene Bastonnade hier hervorgebracht hat, ist noch nicht geschwunden. Wie gewöhnlich in solchen Fällen, sollen mehrere unschuldige, ganz ehrenwerthe Männer von dieser entehrenden Prozedur betroffen worden sein. Allerdings giebt es hier wie überall Stolz-Abolitionisten, die Alles loben, was von irgend einer Behörde ausgeht; allein die gebildete Sphäre fühlt sich durch dieses Verfahren verletzt und fürchtet, daß das einmal gegebene Beispiel eine bleibende Errungenschaft der Entente cordiale mit Rußland werden könnte. Man will übrigens wissen, daß diese Prügelei ohne Vorwissen Radezky's, den man hier für einen eben so gewandten Politiker als tüchtigen Krieger hält, vor sich gegangen sei. Derselbe soll sich zu derselben Zeit mit dem Minister Bruck in Mestre befunden haben. — Die österreichische Flotte hat alle Aussicht eine respectable Macht zu werden. Außer dem Zuwachs durch die venezianische Flotte, wird auch hier bereits mit der Konstruktion zweier Dampf-Fregatten begonnen, und zwei dergleichen sollen, wie ich höre, fast vollendet auf der Werfte von Venedig vorgefunden worden sein. Auch trägt man sich schon mit dem Plane, ein großes Linienschiff, das den Namen Radezky führen soll, zu erbauen. Dieses Vorhaben dürfte jedoch wegen der Millionen Gulden, die es wenigstens kosten wird, noch lange unausgeführt bleiben.

Italien.

*** **Rom, 21. August.** [Die Verhandlungen in Gaeta. Ein Dekret der Verhandlungs-Kommission.] Der Gang der Verhandlungen in Gaeta hat vor einigen Tagen eine befriedigende Wendung zu nehmen geschehen; gegenwärtig ist er aber wieder unterbrochen und man ist gegenwärtig noch so entfernt vom Ziele wie zu Anfang der Verhandlungen. Frankreich stößt auf die größten Schwierigkeiten, die sich mit jedem Schritte vermehren. Wie es scheint, ist in einer der letzten Sitzungen die Frage der Säkularisation im verneinenden Sinne entschieden worden; die römische Administration würde demnach ganz einfach in den Händen der Geistlichkeit verbleiben. Dieser Beschluß, wenn er anders definitiv ist, bereitet der restaurirten päpstlichen Regierung einen schnelleren, heftigeren und unverbesserlichen Sturz als es der frühere gewesen ist. In dieser Beziehung sind die Befürchtungen aller Gemäßigten in Uebereinstimmung. Der Graf Rudolf, (Fortsetzung in der Beilage.)

Erste Beilage zu № 204 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 2. September 1849.

Fortsetzung.

Gesandter Neapels bei dem heiligen Stuhle zeigt einen blinden Eigensinn und ist auch nicht ohne Einfluß auf einen so gebildeten Geist wie Martinez de la Rosa. Die Repräsentanten Frankreichs finden für die liberale Politik, die sie anrathen, nur in dem österreichischen Minister, Herrn Esterhazy, eine Stütze. Kardinal Antonelli soll übrigens auch den Beirath in Steuerangelegenheiten der neu zu berufenden Deputirtenkammer in Rom verweigern. Rechnen Sie hiezu alle die Maßregeln, welche die Regierungskommission der Kardinäle hier ergreift, die eben so extrem sind, wie die des revolutionären Triumvirats, und Sie werden die Aufregung begreiflich finden, die hier herrscht. — Ein Dekret der Regierungskommission verordnet die Entlassung sämtlicher Freikorps und Nationalgarden in den römischen Staaten. Die durch diese Maßregel hervorgerufene Unzufriedenheit war der Art, daß man für die öffentliche Ruhe besorgt war, und die französischen Truppen konfignirt werden mußten. Dieses Dekret bringt den General in eine schwierige Situation, weil er den römischen Truppen versprochen hatte, daß sie nicht entlassen werden, und den Offizieren, daß sie ihre Grade behalten sollten.

* [Die Züchtigungen in Mailand.] Sämtliche italienische Journale sprechen mit der größten Entrüstung von den Züchtigungen, die an etwa vierzig Mailändern in Folge des Tumults am Geburtsstage des Kaisers von Oesterreich vollzogen wurden. Die Exekution fand am 23ten statt; 38 Individuen wurden gepeitscht, und Jeder erhielt 50 Streiche. Auch 2 junge Frauen befanden sich dabei; die eine, 20 Jahre alt, Ernesta Galli, erhielt 40 Rutenstreiche; die andere, 18 Jahre alt, Maria Conti, erhielt deren 30.

Schweiz.

Bern, 26. August. [Die deutschen Flüchtlinge.] Ob schon sehr viele Flüchtlinge in die Heimath zurückgekehrt sind, so werden doch im Kanton Bern allein noch über 1200 Mann auf Staatskosten verpflegt; die Zahl derjenigen, welche aus eigenen Mitteln in Gast- und Privathäusern wohnen, mag auch 200—300 betragen. Die Aufführung aller Flüchtlinge wird von den Behörden als eine anständige, stille, geistete und bescheidene gerühmt; auch bei dem Publikum stehen sie in Achtung und haben durch ihr ernstes Betragen Zutrauen eingefloßt. Viele haben Arbeit gefunden, einige wenige sind bereits nach Amerika abgereist; die Meisten wollen die Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland abwarten, bevor sie sich zur Heimkehr entschließen. Die Summen, welche in so reichem Maße aus Deutschland an die Flüchtlingscomittees gelangen, sowie das Geld, welches durch Privatsubskriptionen in der Schweiz zusammenkommt, wäre wohl hinreichend, das große Elend so vieler Unglücklichen, wenn nicht zu heben, doch sehr zu lindern, wenn in der Organisation des Comittees und der Verteilung der Gaben bessere Ordnung herrschte. Von den hervorragenden Flüchtlingen halten sich im hiesigen Kanton auf: Mikroslawski, Blesker, Isstein, Simon von Trier, Raveaur, Vogt und Nauwerck. Der Ausweisungsbefehl des Bundesrathes, welcher die politischen und militärischen Führer im letzten badischen und pfälzischen Aufstand trifft, ist noch nicht vollzogen, da die Berner Regierung zuerst Garantien für ein sicheres Asyl der Ausgewiesenen und besonders eine offene Erklärung der französischen Regierung verlangt, ob dieselbe den Flüchtlingen ungehinderten Durchpaß durch Frankreich zusichert. (D. V. N. Z.)

Frankreich.

+ Paris, 29. August. [Die romantische Schule.] Dies scheint mir die treffendste Bezeichnung für die Partei, deren ich in meinem gestrigen Schreiben Erwähnung gethan und deren Grundsätze und Prinzipien ich Ihnen heute in einigen Zügen andeuten will. Wie ich bereits mitgetheilt, ist diese Partei ganz besonders gegen das eigentliche Lebenselement der modernen Zeit erbittert, und sie möchte die Industrie, die sie, so zu sagen, als das böse Prinzip ansieht, mit Stumpf und Stiel ausrotten. Das Raisonnement, auf das sich diese romantische Partei stützt, ist etwa in folgender Weise wiederzugeben: „Frankreich ist ein Land des Ruhmes, der Intelligenz und der Kultur. Das Feudalwesen war die Association dieser drei lebendigen Kräfte, welche die Monarchie absorbiert hat, indem sie sie auf das Niveau der modernen Ideen erhob. Der Ehrgeiz Ludwig des 14ten erzwingt die Verhältnisse unserer Kriegsmarine und fand einen Colbert, um das Werk des berühmten Sully zu stützen und die Produktionen der Ateliers aufzustacheln.

„Später bürdeten die Minister Ludwig XV. und Ludwig XVI. und besonders die englischen Theorien dem Lande alle Uebel, alles Unglück, alle Gefahren

und alle moralische und physische Verderbtheit der Industrie auf.

„Was die Superiorität Frankreichs ausgemacht und dem National-Charakter das Siegel des Heroismus und der Intelligenz aufgedrückt hatte, das war, weil wir uns begnügten, Landbauer, Krieger und Poeten zu sein; an dem Tage, wo wir, wie die Engländer, nichts mehr als ein Volk von Kaufleuten wurden, sind wir aus der Art geschlagen! Wir konnten und werden ihnen niemals in Handel, Spekulation und Industrie gleich kommen, und haben nur nach und nach die Traditionen, welche die Weltherrschaft des französischen Geistes sicherten, aufgegeben, um uns zu erniedrigen und zu zerfetzen.

„Mit der durch Dampf und Maschinen exaltirten Industrie haben wir dieses kräftige, kriegerische, religiöse und patriarchalische Volk Platz machen sehen jenen verderbten Generationen, dem bedauernswerthen Resultate einer excessiven Industrie; wir haben die Kinder in den Ateliers ausbeuten sehen, noch ehe sie das Jugendalter erreichten; die Töchter des Volkes gingen unter durch die Vermischung, welche die Fabrik-Beschäftigungen mit sich führten; alle Laster der niedrigsten Korruption, alle Leidenschaften des Proletariats hielten keine Grenze mehr; die Anzahl der illegitimen Geburten wuchs an, und so häuften sich nach und nach alle Uebel, deren Resultat die Demagogie geworden ist.

„Nach Außen hin ist es nicht mehr möglich gewesen, sichere Bündnisse mit den Völkern zu schließen, da wir wie unsere Nachbarn darauf bedacht sein mußten, unsere industriellen Interessen noch mehr als die agrarischen zu schonen. Unsere Provinzen wurden unter einander feindselig, weil der Süden, welcher den Landbau treibt, dem fabriktreibenden Norden entgegen war. Daher die düstern Kämpfe, welche wohl auch noch zum Föderalismus und zur Theilung des Staates führen können.

„Man muß demnach auf die frühere Bahn zurückkehren, und muthig den künstlichen Elementen entsagen, die die Industrie zum vielfachen Schaden unserer Agrikultur, unserer Sitten, unserer Künste, unserer Poesie, unserer Literatur, ja auch zum Schaden unseres Ruhmes heraufbeschworen hat, da bei einem eintretenden Falle, wo das Schwert gezogen werden müßte, die industriellen Kapitalien das alte Frankreich verhindern könnten, für die Ehre seines Banners zu kämpfen. Die Artillerie der Werkstätten bringt die der Bataillone zum Schweigen; ihr könnt mit denen nicht von Krieg sprechen, die ihre ganze Hoffnung auf eine Handelsbilanz setzen und die die geringste Bewegung an dem Horizonte mit einem Ruin bedroht.

Die Massen der Landbauer sind nie in dem Falle gewesen, für die Ruhe des Staates zu fürchten. Sie bereichern die Nation und bilden nicht, wie in den großen Industrie-Städten jene drohende Bevölkerung, die die geringste Unzufriedenheit, eine Laune, das Signal eines verwegenen Anführers in die Arena der Politik treiben. Die Demokratie ist wenig zu fürchten, wenn sie den Landmann aufsuchen muß; dieser, in seiner Isolirtheit, denkt nach, hält die rechtmäßige und vernünftige Idee fest, und verwirft die verkehrten oder strafbaren Theorien. Der Arbeiter in den Städten hingegen, von dem Strome der Menge fortgerissen, kennt nur Leidenschaften und Wuth. Er ist immer zu fürchten.

Indem man endlich die Land-Produktion zum Nutzen der industriellen seltener gemacht, hat man auch den nothwendigen Nahrungsbedarf vertheuert, und sämtliche Arbeiter zu einer kostspieligen Lebensweise verurtheilt.

„Das erleuchtete Frankreich, diese edle Tochter der Franken, müsse dahin streben, wiederum die erste Nation der Welt zu werden, indem es sich ganz und gar der Entwicklung seiner Kultur und seiner literarischen und philosophischen Bestimmung hingiebt. Frankreich müsse die Welt bestrahlen durch die Propaganda des wahren Genius der Inspirationen der Musen und seines generalisirenden Geistes, und es wird diese höheren Produktionen mit bestem Erfolg gegen die materiellen der Industrietreibenden Nationen vertauschen können. Unter solchen Bedingungen wird Europa und die Welt sich für seine Existenz, sein Glück und sein Heil interessieren. Ohne dieselben giebt es kein Heil für Frankreich!

Das Alles ist keine Romangeschichte. Diese romantisch-feudalistischen Bestrebungen sind wirklich vorhanden, und werden, wie ich bereits mitgetheilt, zur Geltung zu gelangen suchen.

+ Paris, 29. August. [Die ausgewanderte Politik.] — Fürst Schwarzenberg und Lord Palmerston. — Zwei Artikel des Moniteur. — Vermischtes.] Da die Politik Paris verlassen hat, so muß man ihr wohl dahin folgen, wo sie sich

gegenwärtig befindet, in den See- und andern Bädern. So ist sie z. B. in Dieppe bei Hrn. Thiers, der sich daselbst mit dem früheren Minister Louis Philippe, dem Hrn. Dumont, aufhält. Dies Zusammensein der beiden Herren macht hier viel zu sprechen, allein ich meinerseits glaube, daß der Zufall allein die Kosten dieses Rencontre's zu tragen hat. — Herr Thiers spricht in Dieppe viel Politik. Er erklärt laut und offen, daß er nicht Minister werden will, und bei allen Kombinationen aus dem Spiele bleiben werde. Er setzt hinzu, daß Molé ein Gleiches thun werde. — Die Politik ist jetzt auch in Tronville, wo sich die Herren Pasquier und Decazes befinden. Da werden die auswärtigen Angelegenheiten bearbeitet, und wie Sie wohl denken, ist es die ungarische Frage, die gegenwärtig am meisten beschäftigt. Man will mit Genauigkeit von der Entrüstung des Wiener Cabinets über eine Note Lord Palmerstons in der ungarischen Frage unterrichtet sein, und man giebt auch die Worte Schwarzenbergs an den englischen Gesandten ziemlich präcise wieder. „Was will man, — soll Fürst Schwarzenberg geäußert haben? — Daß wir die ungarische Nationalität anerkennen? Aber sie ist anerkannt. Ungarn ist ein Königreich für sich, ein Königreich mit seinem König, der sich Franz, Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn nennt. Ist es aber die Unabhängigkeit Ungarns, welche man unter dem Worte „Nationalität“ reklamiert? O, dann wollen wir diese Präntension zurückweisen, denn Ungarn ist ein integrierender Theil des Kaiserstaates! Es wird seine partikuläre Administration haben, wie es sie schon früher gehabt, es wird einen ungarischen Minister haben, der zum Cabinet gehören wird. Aber es soll seine Feudal-Gesetzgebung nicht behalten. Es wird die Gesetzgebung Oesterreichs erhalten, und zwar eine der Zeit angemessene, eine liberale. Endlich ist es nothwendig, daß die lebendigen Kräfte des Kaiserthums in einem allgemeinen Reichstag zentralisirt werden. In Betreff der Steuer-Erhöhung werden wir Concessionen machen. Aber mehr verlange man nicht von uns, und besonders verlange man nichts mit einer Drohung! Denn jeder Drohung, selbst der von England, werden wir nach Gebühr zu begegnen wissen.“ — Sind das wirklich die textuellen Worte des Fürsten? Ich wage es nicht zu bestätigen. Gewiß aber ist, daß es große Entrüstung gegeben hat, und daß man so weit ging, zu sagen: „Die Note, welche wir nach London schicken werden, wird von Lord Palmerston gewiß nicht veröffentlicht werden!“ — Man erfährt noch nichts über die ersten Sitzungen der Departements-Conseils, ausgenommen, daß in allen Departements die Bureau's der Versammlungen ausschließlich aus Mitgliedern der konservativen Partei zusammengesetzt sind. Erst in den letzten Tagen der Session, wenn die General-Conseils bei dem Kapitel der „Wünsche“ anlangen werden, wird es von Interesse sein, ihren Berathungen zu folgen. Wenn man einer von sämtlichen Abend-Journalen gegebenen Notiz Glauben beizumessen kann, so hat das Cirkularschreiben des Ministers Dufaure fast in allen Departements die Wirkung hervorgebracht, daß die Versammlungen der General-Conseils die Absicht, eine sofortige Verfassungs-Revision zu beantragen, aufgegeben. Wie es heißt, werden es die Steuerangelegenheiten und die administrative Decentralisation sein, auf welche die Departemental-Versammlungen ihre besondere Aufmerksamkeit richten werden. — Die Permanenz-Kommission der gesetzgebenden Versammlung tritt Sonnabend zusammen, und mehrere Mitglieder wollen den Antrag stellen, daß die Versammlung nach Schluß der Session der General-Conseils sofort einberufen werde. — Das Gerücht, daß der Präsident der Republik eine Tochter des Königs von Schweden heirathen soll, erhält sich. Gestern ist Hr. Clary, ein Verwandter des Königs Oscar und Cousin des Präsidenten von hier nach Stockholm abgereist, und es ist natürlich, daß man diese Reise mit dem Heiraths-Projekte in Verbindung setzt. — Der „Moniteur“ enthält heute zwei beachtenswerthe Artikel. Der Eine betrifft die Gerüchte von bevorstehenden Modifikationen im Cabinet. „Wenn das Cabinet modifizirt oder gewechselt werden soll — heißt es im Abend-Moniteur — so wird es das Land eben so schnell als die Journale erfahren, denn Ursachen und Wirkungen werden alsdann zu gleicher Zeit erscheinen. Wenn die National-Versammlung, bei der Wiederaufnahme ihrer Arbeiten, eine dem Ministerium feindliche Majorität haben sollte, was nach uns aber keineswegs befürchtet zu werden braucht, wenn wichtige Gesetzesvorlagen verworfen werden sollten, alsdann wird die Stunde einer Minister-Reise ohne Zweifel gekommen sein. Gegenwärtig darf man sich aber versichert halten, daß das Ministerium, welches von dem tiefsten Gefühl seiner Pflichten durchdrungen ist, sich nicht zurückziehen werde.“ — Das Zweite ist die

offizielle Veröffentlichung eines Schreibens aus Turin, in welchem der sardinische Minister dem französischen Gouvernement die vollste Erkenntlichkeit seiner Regierung ausdrückt für die guten Dienste, die ihr Frankreich während des ganzen Verlaufes der letzten Unterhandlungen mit Oesterreich erwiesen hat. Die Veröffentlichung dieses Schreibens soll als Antwort auf alle Vorwürfe gelten, die man in Betreff Sardinien in der letzten Zeit gemacht hat. — Das Ministerium hat gestern einen außerordentlichen Courier nach Warschau mit Depeschen an General Lamorciere abgeschickt.

Rußland.

* **Warschau, 30. August.** [Ein kaiserliches Rescript.] Das Schreiben des Kaisers an den Fürsten Paskewitsch in Bezug auf dessen im ungarischen Feldzuge erworbenen Verdienste lautet in wortgetreuer Uebersetzung also: „Fürst Johann, Sohn Theodors! Euer ruhmvolles und bedeutendes Verdienst um Thron und Vaterland, ausgezeichnet durch alten Kriegeruhm, war mir Bürgschaft des Gelingens unserer Waffen in einem Kriege, der zur Erhaltung der unveräußerlichen Rechte meines werthen Verbündeten, des österreichischen Kaisers Franz Joseph, so wie zur Erdrückung des Aufstandes in Ungarn unternommen werden mußte. Ihr habt meine Erwartungen und die von ganz Rußland vollkommen gerechtfertigt. Indem Ihr mit musterhafter Umsicht in einem vom Aufstand entbrannten Lande verfuhr, Euch unermüdet um die Versorgung des Heeres mit allem Vorrath bewährte und alle Mittel in Erwägung zoget, um den Erfolg unserer Unternehmungen zu sichern, ist es Euch gelungen, mit den geringsten Verlusten das vorgestekte Ziel zu erreichen. Jetzt hat der Hauptführer, dem von der Insurgenten-Regierung unumschränkte Gewalt eingeräumt worden ist, die Waffen vor Euch gestreckt. — Mit besonderer Zufriedenheit sehe ich auch, daß Ihr, die höchsten Wünsche meines Herzens erkennend, mit väterlicher Barmherzigkeit für die Kranken und Verwundeten gesorgt habt, die in ihrer Pflichterfüllung ihr Blut vergossen haben. Die von der siegreichen Armee unter Eurer Leitung erzielten wichtigen Resultate werden ohne Zweifel zur Befestigung des Rechts und der Ordnung in Ungarn führen. — Als Beweis meiner herzlichen und aufrichtigen Dankbarkeit für Eure so denkwürdigen Verdienste habe ich befohlen, daß sämtliche russische Armeen, selbst an den Orten meines eignen Aufenthaltes, Euch dieselben Ehrerzeugungen erweisen, welche nach Vorschrift nur mir gebühren. — Dieser Befehl wird für Alle und Jedermann den Beweis meiner hohen Zufriedenheit sein, mit welcher ich Euch für immer und unveränderlich geneigt verbleibe. — Mit eigenhändiger Unterschrift: Euer Freund Nikolaus.“

Lokales und Provinzielles.

Sitzung der Stadtverordneten am 30. August.

Vorsitzender Justizrath Gräff. Anwesend 90 Mitglieder. Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls der vorhergehenden Sitzung kamen einige Mittheilungen zum Vortrage, von denen die Anzeige der Schießwerder-Deputation, daß das Königsschießen in der herkömmlichen Weise vom 2. bis 6. Septbr. d. J. abgehalten werden soll, zu erwähnen ist.

Der Bau-Rapport für die Woche vom 27. August bis 1. Septbr. weist nach, daß bei städtischen Bauten 32 Maurer, 6 Steinleger, 25 Zimmerleute und 209 Tagelöhner beschäftigt werden.

Der von der gemischten Kommission berathenen Petition an die beiden Kammern wegen Abänderung der Verordnung vom 2. Januar d. J., bezüglich der von den Städten zu tragenden Kriminalkosten, trat die Versammlung durchgängig bei.

[Verpachtung.] In dem am 23. d. Mts. angestandenen Licitations-Termin zur Verpachtung der Jagd auf den gutherrschastlichen Ländereien und Forsten des kaiserlich-königlichen Ritters für die Zeit vom 1. Septbr. 1849 bis Ende Februar 1850 ist der Dr. Hr. Karuth mit 71 Rthl. Meistbietender geblieben. Derselbe hat jedoch das Anerbieten gemacht, 100 Rthl. jährlich Pacht zu geben, sofern er in dem früheren, bis zum 1. August 1854 prolongirten Pacht-Kontrakte belassen werde. In Uebereinstimmung mit dem Magistrat entschied sich die Versammlung für die Annahme dieses Antrages.

[Wahlen.] Magistrat legt die Versammlung davon in Kenntniß, daß die Herren Bezirks-Vorsteher Hilbert, Künzel, Ossig und Schüller, so wie der Bezirks-Vorsteher-Stellvertreter Bubeck nach ihrem Eintritt in das Stadtverordneten-Kollegium ihre Aemter nicht behalten können, indem nach der gesetzlichen Bestimmung, daß Bezirks-Vorsteher magistratualische Beamte sind, das Ehrenamt eines Stadtverordneten mit der Bekleidung des Amtes eines Bezirksvorstehers sich nicht vereinbaren lasse. Dieser Mittheilung wird ein Antrag der Armen-Direktion beigelegt, worin dieselbe den Wunsch ausdrückt, die H. H. Hilbert, Künzel, Ossig und Bubeck, welche sich zur Beibehaltung des Amtes bereit erklärt haben, in ihren Funktionen zu belassen. Die Versammlung erkannte zwar an, daß nach den Bestimmungen der Städteordnung die genannten Herren ihr Amt als Bezirksvorsteher niederzulegen hätten, sie konnte jedoch nicht umhin, ihren Wunsch dahin zu erkennen zu geben, daß die Herren Hilbert, Künzel, Ossig und Bubeck ihre Stellen als Bezirksvorsteher behalten, weil die Versammlung in sie das Vertrauen setzt, daß sie beide Aemter gewissenhaft verwalten werden; sie beschloß demnach, den Magistrat um Bestätigung der von Neuem ge-

wählten Herren anzufragen. Für den Herrn Schüller, welcher sich ablehnend erklärt hatte, wurde der Tischlermeister Herr Beckmann zum Vorsteher des Burgfeld-Bezirks gewählt.

Ferner wurde an Stelle des verstorbenen Vorstehers im Rathhaus-Bezirk, Seifensieders Reichel, der Kaufmann Herr Fätsche und an Stelle des ebenfalls verstorbenen Vorsteher-Stellvertreters desselben Bezirks, Kaufmann Plaskuda, der Kaufmann Herr Schröder jun. gewählt.

[Bewilligungen.] Auf den Antrag des Magistrats genehmigte die Versammlung, daß dem Tischlergesellen Horn die für die Entdeckung eines Brandstifters ausgesetzte Prämie von 100 Rthl. ausbezahlt werde; auch wurde der Antrag eines Mitgliedes, den Magistrat zu ersuchen, diese Bewilligung in seinem Namen noch besonders öffentlich bekannt zu machen, zum Beschluß erhoben. Ferner ertheilte sie nachträglich ihre Genehmigung zu den bei der Verwaltung der Frohnworte im Jahre 1847 gegen den Etat vorgekommenen Mehr-Ausgaben im Betrage von 330 Rthl.

[Verschiedenes.] Magistrat theilt der Versammlung ein Rescript der königlichen Regierung vom 8. August d. J. mit, worin dieselbe die Befestigung des Reglements für die hiesige Feuer-Societät versagt. Die Bedenken, welche der Befestigung entgegenstehen, sollen zweifacher Art sein. Einmal könnten die städtischen Behörden zur Festsetzung einer Zwangspflicht im Feuer-Societäts-Reglement nicht für ermächtigt gehalten werden, vielmehr könne eine derartige Festsetzung nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen. Zum Andern sei der gegenwärtige Zeitpunkt zur Aufstellung eines neuen Feuer-Societäts-Reglements um so weniger für geeignet zu halten, als mit Rücksicht auf die bevorstehende Emanation einer neuen Gemeinde-Ordnung die Frage, ob und in welcher Art überhaupt für die Stadt Breslau eine eigene Feuer-Societät fortbestehen soll, noch einer sorgfältigen Erwägung durch die verfassungsmäßigen Organe bedürfe. Das Ministerial-Rescript vom 28. Juli d. J. spricht sich in gleichem Sinne aus und führt nur noch an, daß diese Angelegenheit für einige Zeit ohne zu besorgenden Nachtheil um so mehr noch ausgesetzt bleiben kann, als der bereits seit dem vorigen Jahrhundert bestehende Mangel eines eigenen Feuer-Societäts-Reglements nicht so fühlbar hervorgetreten ist, um früher schon den Antrag auf Abhilfe zu veranlassen. Magistrat will gegen diese Entscheidungen remonstriren und führt aus, wie die städtischen Behörden allerdings von der Ueberzeugung ausgegangen sind, daß die Festlegung der Zwangspflicht aller hiesigen Hausbesitzer, dem städtischen Feuer-Societäts-Verbande, wie dies seit 100 Jahren der Fall ist, beizutreten, im Wege der Gesetzgebung erfolgen müsse und nach dem Antrage erfolgen werde, wodurch das erste Bedenken der kgl. Regierung erledigt sei; in Bezug auf das zweite Bedenken derselben wird bemerkt, daß im Interesse der hiesigen Hausbesitzer der Ausschluß von der Provinzial-Feuer-Societät nach langen Kämpfen auf den früheren schließlichen Provinzial-Entsagen und das Fortbestehen der Breslauer Feuer-Societät als eigenem Verbande errungen und diese Societät durch allerhöchsten Landtagsabschied bezüglich ihres Fortbestandes genehmigt, auch kein Grund vorhanden ist, von diesem Vorrechte zurückzutreten. — Die Versammlung schloß sich der Ansicht des Magistrats vollkommen an. — Magistrat legt der Stadtverordneten-Versammlung einen Vorschlag des Vorstandes der Bürgerverordnungs-Anstalt über die Verbindung der Pöthel'schen Stiftung mit der ersignanten Anstalt zur Erklärung vor. Da durch diesen Vorschlag ein von der Versammlung schon seit Jahren begabter Wunsch und Antrag in Erfüllung geht, so entschied sich die Versammlung einstimmig für die Genehmigung dieses Vorschlages. Die näheren Bedingungen für diese Verbindung sollen in einem besonderen Statut aufgestellt werden.

Auf Antrag des Stadtverordneten Herrn Köster, den Magistrat zu ersuchen, bei dem Neubau des abgebrannten Grundstücks in der Neuen Schneidmühlgrasse darauf zu sehen, daß die dort überständige Enge beseitigt und der Besitzer angehalten werde, mit dem Neubau so weit zurückzutreten, als die nebenstehenden Grundstücke weichen, — beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, vor der Festlegung der Fuchlinie des neu zu erbauenden Hauses der Versammlung Mittheilung zu machen.

Um Gewinnung des Bürgerrechts hatten sich beworben 19 Personen. Die betreffenden Gesuche, worunter sich 7 mit Anträgen um Verleihung zum ermäßigten Kostenfusse befanden, wurden genehmigt. In einem von diesen Gesuchen war als Grund für die Erwerbung des Bürgerrechts der Gewerbebetrieb als Handelsmann angegeben, dies veranlaßte die Versammlung zu dem Antrage: den Magistrat anzufragen, den Bittsteller zuvor darüber vernahmen zu lassen, mit welchen Artikeln er handeln wolle, um festzustellen, ob er einen Handel treibe, wozu die Genehmigung der Versammlung erforderlich sei.

Hierauf schritt die Versammlung zur Fortsetzung der in der vorhergegangenen Sitzung unterbrochenen Beratung über das Gutachten der gemischten Kommission zu dem letzten Entwurfe einer Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung. Der Vorsitzende führte aus, daß, da in der letzten Sitzung keiner der drei Anträge zu § 9, betreffend den Wahlmodus, die Majorität erlangt hatte, angenommen werden müsse, als sei die Bestimmung im Entwurfe der Regierung aufrecht zu erhalten; da jedoch hierüber nicht abgestimmt worden sei, überhaupt dieser Punkt nicht ganz klar zu sein scheine, so glaube er, daß es nöthig sei, über sämtliche Anträge noch einmal abstimmen zu lassen; dieser Ansicht traten einige Mitglieder entgegen, indem sie zu beweisen suchten, daß durch das Fallenlassen des Antrages der gemischten Kommission, welcher ebenfalls die Dreitheilung wie der Regierungs-Entwurf enthalte, die Versammlung zu erkennen gegeben habe, daß sie überhaupt den Wahlmodus mit der Dreitheilung nicht beliebt; sie hielten deshalb auch eine nochmalige Abstimmung für nicht gerechtfertigt. Die Versammlung beschloß jedoch mit Stimmenmehrheit, daß über sämtliche Anträge, wie sie in der vorhergehenden Sitzung gefaßt worden, noch einmal abgestimmt werde. Das Ergebniss dieser Abstimmung war, daß sich die Versammlung mit Stimmenmehrheit für die Annahme des Antrages der gemischten Kommission, wie er bereits in dem früheren Referat formulirt ist, entschied. Nach Entscheidung dieser Hauptfrage theilte der Vorsitzende mit, daß der den Kammern vorgelegte Entwurf einer Gemeindeordnung, wovon die Breslauer Abgeordneten Exemplare eingefandt haben, gegen den früheren, im Staats-Anzeiger Nr. 129 publicirten Entwurf in einigen Punkten wesentlich abweiche und schlug deshalb vor, den Magistrat anzufragen, diesen letzten den Kammern vorgelegten Entwurf der gemischten Kommission

zur nochmaligen Beratung zu überweisen, sobald aber wolle Magistrat sämtliche Bemerkungen zusammenstellen und diese der Versammlung zur Beschlußnahme wieder vorlegen lassen. Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Die Redaktions-Kommission der Stadtverordneten.

Dr. Gräzer. Krug. Burghart.

§ **Breslau, 1. Sept.** [Dreizehnte Sitzung des Schwurgerichts.] In der gestrigen Abendsitzung, welche um 4 Uhr begann, bestand das Geschwornen-Personal aus den Herren Baumann, Friedländer, Winkler, v. Haugwitz, Severin, Brade, Burghardt, Lockstädt, Thomas, G. Aderholz, Fritsch und Dr. Günsburg. Als Angeklagter erschien der 40 Jahre alte Schneidergeselle Ad. Fluß. Seiner eigenen Aussage zufolge ist derselbe früher Soldat und bereits 14 Mal in Untersuchung gewesen. Die Anklageschrift, welche vom Gerichtsschreiber Herrn Referendar Hirschberg verlesen wurde, lautete auf vierten gemeinen Diebstahl. Inculpation hat im Mai d. J. aus der unverschlossenen Stube eines auf der Gartenstraße belegenen Hauses eine silberne Uhr im Werthe von 2 Thlr. 25 Sgr. entwendet. Er wurde sofort ergriffen und durch Beschluß des Appellationsgerichts vor das Schwurgericht verwiesen. Auf Befragung des vorsitzenden Richters erklärte sich der Angeklagte für schuldig. Auf weiteres Verlangen des Richters legt derselbe ein ausführliches Bekenntniß ab. Der Gerichtshof, die Staatsanwaltschaft und der Verteidiger finden gegen das Bekenntniß nichts auszusagen und es wird nunmehr den gesetzlichen Vorschriften gemäß zur Aburtheilung ohne Geschworene geschritten. Die Herren Geschwornen werden vom Gerichtspräsidenten Herrn Appellations-Gerichtsrath Kreis entlassen, und Herr Staatsanwalt Korb begründet den Strafantrag wegen 4ten Diebstahls. Es sei nicht unzweifelhaft, daß gegen den Inculpanten die Strafe des 4ten Diebstahls verhängt werden könne, da derselbe, wie aus den Untersuchungsakten erhellt, bei seiner letzten Entlassung aus dem Zuchthause nicht in ein Korrekthaus übergegangen. Ob der gesetzlich nothwendige Beweis der Besserung geführt sei, bleibe dem Ermessen der Behörden anheimgegeben. Da diese den Angeklagten damals für gebührend angesehen mußten, so treffe denselben jetzt verdienstermaßen wegen 4ten Diebstahls die lebenswichtige Zuchthausstrafe. — Der Verteidiger, Herr v. Kulznowski, machte darauf aufmerksam, daß der Wortlaut des Gesetzes auch dann festgehalten werden sollte, wenn er zu Gunsten des Angeklagten spreche. Er will, daß Inculpation von der Anklage wegen 4ten Diebstahls entbunden und zu 14tägiger Gefängnißstrafe wegen kleinen gemeinen Diebstahls verurtheilt werde. Hierbei erwähnt der Redner zwei ähnliche Fälle, in welchen vor Kurzem das Berliner Schwurgericht den Anträgen der Staatsanwaltschaft entgegen, — welche auf lebenswichtige Zuchthausstrafe gerichtet waren, vierwöchentliches Gefängniß erkannte. Für den äußersten Fall führt der Verteidiger als Milderungsgründe das offene Bekenntniß des Angeklagten an, sowie den Umstand, daß der Werth des Gestohlenen nur etwas über zwei Thaler betrage. Er beantragt daher im „Geiste der Gradation“ eine Zuchthausstrafe von zehn bis fünfzehn Jahren. Der Staatsanwalt repliziert auf die obige Mittheilung, daß das Berliner Obertribunal die betreffenden Urtheile reklamirt habe. Nachdem noch der Verteidiger Einiges erwidert hatte, verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu lebenswichtiger Zuchthausstrafe mit Verlust der Nationalfokarde.

□ **Breslau, 1. Sept.** [Sitzung des Schwurgerichts.] In der heutigen Sitzung kam die Anklage wider den Schneider Baudis und den Kanzelisten Goltz, beide aus Dels, wegen Majestätsbeleidigung zur Verhandlung. Nach der Bildung des Schwurgerichts beantragte der Staatsanwalt: im Interesse der Sittlichkeit die Öffentlichkeit bei der heutigen Sitzung auszuschließen. Das Gericht deferirte diesem Antrage unter Berufung auf den betreffenden § des Gesetzes vom 3. Januar und es wurde somit das Publikum sich zu entfernen aufgefordert. Da ein anderes Motiv, als die Rücksicht auf die öffentliche Sittlichkeit der Ausschließung nicht zu Grunde lag, so können wir wohl unbedenklich die uns bekannt gewordenen Resultate der Untersuchung mit Ausschluß der anstößigen Stellen mittheilen.

Der Inhalt der Anklage-Akte war in Kürze folgender. Die beiden Angeklagten waren vor einiger Zeit des Abends gegen 10 Uhr in ein Gasthaus zu Dels eingetreten. Bei ihrem Eintritt hatte Goltz eine die Ehrfurcht gegen den König verletzende Aeußerung gethan und Baudis diese Aeußerung wiederholt. Der ebenfalls anwesende ehemalige Post-Kontrolleur Baudemer hatte sie deshalb zur Rede gestellt und Goltz darauf auch geschwiegen. Baudis hatte aber die Aeußerung nochmals wiederholt und sie noch damit motivirt, daß er hinzusetzte: „weil er sich von seinen Ministern gefangen halten läßt“ oder nach einer andern Version, „weil er 20. 20. gefangen gehalten wird.“ Goltz hatte die ihm zur Last gelegte Aeußerung in der Voruntersuchung bestritten, obschon dieselbe von drei Zeugen bekundet wurde. Baudis hatte zwar die Aeu-

erung selbst, aber nicht den Zusatz, eingeräumt, aber behauptet, daß er die Aeußerung gar nicht auf den König von Preußen, sondern auf einen ganz andern Gegenstand bezogen habe. Zur Begründung dieser Behauptung hatte er eine schmutzige Geschichte erzählt, welche eben der Grund zur Ausschließung der Deffentlichkeit war. — Die Angeklagten bekannten sich auch heute nicht für schuldig. Baudiß blieb bei seiner in der Voruntersuchung abgegebenen Aussage stehen und ebenso Goltz. Es wurde nunmehr zum Zeugenverhör geschritten. Als Belastungszeugen waren vorgeladen, der Gastwirth Spät und der Hausknecht Weiß, als Entlastungszeugen des Goltz waren erschienen, die Frau des Spät und außerdem zwei Einwohner von Dels, von denen der eine Registratur-Beamter war und mit Goltz in demselben Bureau gearbeitet hatte. Der Zeuge Vandemer war Krankheits halber nicht erschienen. In der Voruntersuchung hatte Spät und Weiß belastend gegen Goltz ausgesagt und ebenso Vandemer. Heute bekundeten die ersten beiden, daß sie die dem Goltz zur Last gelegte Aeußerung nicht gehört. Die Vorhaltung ihrer in der Voruntersuchung abgegebenen und beeideten Aussagen, worin sie ausgaben, daß Goltz die beleidigende Aeußerung wirklich gethan, hatte kein anderes Resultat, als daß Spät behauptete, der Untersuchungsrichter müsse sich geirrt haben, jedoch auch die Möglichkeit zugab, daß ihn sein Gedächtniß heut könne verlassen haben, Weiß jedoch ausdrücklich erklärte, es sei unmöglich, daß Goltz diese Aeußerung gethan, denn er, Zeuge, habe Alles gehört, was die Angeklagten seit ihrem Eintritt in das Gasthaus gesprochen und er habe ein gutes Gedächtniß. Der Untersuchungsrichter müsse sich in seiner Aussage geirrt haben. Die Frau des Spät hatte schon in der Voruntersuchung ausgesagt, daß sie von Goltz die inkriminierte Aussage nicht gehört und blieb auch heute dabei stehen. Der vorhin erwähnte Registraturbeamte konnte nur über die persönlichen Verhältnisse des Goltz Auskunft geben. Er bekundete, daß Goltz sich niemals weder bei einem politischen Vereine noch bei einer politischen Demonstration betheiligt, nicht einmal zur Zeit der großen Aufregung. Außerdem sagt er noch aus: daß Goltz in seinem Amte sich immer gut geführt und überdies Ernährer einer alten, fast blinden Mutter sei und auch eine verwandte arme Familie unterstütze. Der andere Entlastungszeuge bestätigte ebenfalls, daß Goltz niemals sich bei einem politischen Vereine betheiligt. Die vorgelesene Aussage des Vandemer sagte ziemlich unbestimmt, daß Goltz mit der in Rede stehenden Bezeichnung den König beleidigt, ohne auch nur die Aeußerung wörtlich im Zusammenhange anzuführen. — Die dem Baudiß zur Last gelegten Aeußerungen wurden sowohl von den beiden Belastungszeugen, als durch die Aussage des Vandemer nebst dem Zusatz, durch die Frau des Spät, ohne den Zusatz, bestätigt. Für die von ihm versuchte Ausrede vermochte er keinen Beweis aufzubringen. Sämmtliche Zeugen, die bei dem in Rede stehenden Vorfall zugegen gewesen, bekundeten noch mit mehr oder minder Bestimmtheit, daß beide Angeklagte sich im trunkenen Zustande befunden, obgleich über den Grad der Trunkenheit die Angaben differirten. Goltz selbst stellte seinerseits Trunkenheit in Abrede.

Der Staats-Anwalt D.-L.-Ger.-Assessor Schröter beantragte gegen beide Angeklagte: sie der Majestätsbeleidigung mittelst ehrenrühriger Schmähungen für schuldig zu erklären, da gegen den Goltz außer der Aussage des Vandemer auch die in der Voruntersuchung abgegebenen, obschon heute widerrufenen, Aussagen der Zeugen Spät und Weiß sprächen.

Baudiß wurde durch den Ref. Hahn, Goltz durch den Ref. Günsburg vertheidigt. Der erstere Vertheidiger stützte sich namentlich darauf, daß die gebrauchten Ausdrücke nach dem Bildungsgrade der Angeklagten gedeutet werden müßten. Angeklagter habe aber durch die vorgebrachte plumpe Ausrede gezeigt, daß er einen sehr niedrigen Bildungsgrad besitze, und aus einem solchen Munde sei der gebrauchte Ausdruck keine ehrenrührige Schmähung. Der Vertheidiger des Baudiß stellte die für den Angeklagten günstigen Resultate der heutigen Verhandlung zusammen und stellte außerdem noch die Glaubwürdigkeit des Zeugen Vandemer in Zweifel.

In die den Geschworenen vorgelegten Fragen wurde auch das Moment der Trunkenheit aufgenommen. Der Ausspruch der Geschworenen ging unter Anschluß an die gestellten Fragen dahin: a) in Betreff des Baudiß: daß derselbe die Hefsucht gegen den König als Staatsoberhaupt durch Aeußerungen, welche mindestens als boshafte zu bezeichnen, ja in welchen sogar ehrenrührige Schmähungen enthalten, verlegt, daß er sich aber dabei in einem durch Trunkenheit hervorgerufenen Zustande befunden, in welchem seine Sinne überreizt, sein Verstand indes nicht völlig aufgehoben gewesen; b) in Betreff des Goltz: daß er des ihm zur Last gelegten Verbrechens nicht schuldig sei.

Der Staatsanwalt beantragte nunmehr gegen Baudiß sechsmonatliche Gefängnißstrafe, ließ aber den Antrag auf die Ehrenstrafen fallen, weil nach dem Ausspruch der Geschworenen das Vermögen des Angeklag-

ten frei zu handeln, beschränkt gewesen. Der Vertheidiger trug auf zweimonatliche Gefängnißstrafe an.

† Breslau, 1. Septbr. [Polizeiliche Nachr.] Am 29. v. M., früh nach 7 Uhr, nahm ein 7 Jahre altes Mädchen eine Bohne in den Mund, diese glitt ihr in den Schlund, und da dieselbe aller Mühe ohneachtet nicht herauszubringen war, so starb das Kind am nemlichen Tage des Nachmittags gegen 2 Uhr am Erstickenstode.

Am 30. v. M. wurden aus einer unverschlossen und aufschloßlos gewesenen Küche in dem Hause Nr. 2 in der Schweidnitzer Straße drei silberne Kaffeelöffel und eine dergl. Sahnkelle entwendet.

In der Nacht vom 30. zum 31. desselben Monats wurden aus dem an der Promenade am Ziegelthore belegenen sogenannten Brunnengarten drei gelb polierte, den Sitz mit Rohr überlachte Stühle gestohlen.

In der beendigten Woche sind (ercl. drei todtgeborener Kinder) und eines an einer Bohne erstickten Mädchens) von hiesigen Einwohnern gestorben: 75 männliche, darunter 36 an der Cholera, 72 weibliche, darunter 38 an der Cholera, zusammen 147 Personen. Von diesen starben an Abzehrung 8, Altersschwäche 3, Brechdurchfall 2, Cholera 74, Darmverfäulung 1, Gehirnentzündung 1, Nervenfieber 4, Zehrfieber 4, Herzkrankheit 1, Keuchhusten 1, Krämpfen 22, Brustkrebs 1, Lebensschwäche 1, Masern 2, Magenverhärtung 1, Schlagfluß 5, Lungenschwindsucht 9, Typhus 1, Brustwassersucht 1, allgem. Wassersucht 5. Unter diesen starben in öffentlichen Krankenhäusern und zwar in dem allgemeinen Krankenhaus 35, in dem Hospital der barmherzigen Brüder 3. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen unter 1 Jahre 24, von 1 bis 5 Jahren 21, von 5 bis 10 Jahren 9, von 10 bis 20 Jahren 6, von 20 bis 30 Jahren 17, von 30 bis 40 Jahren 16, von 40 bis 50 Jahren 23, von 50 bis 60 Jahren 9, von 60 bis 70 Jahren 16, von 70 bis 80 Jahren 5, von 80 bis 90 Jahren 1.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 67 Schiffe mit Eisen, 47 Schiffe mit Zink, 3 Schiffe mit Zinkblech, 74 Schiffe mit Steinkohlen, 2 Schiffe mit Rapskuchen, 2 Schiffe mit Butter, 3 Schiffe mit Gyps, 9 Schiffe mit Kalksteinen, 4 Schiffe mit Stabholz, 32 Schiffe mit Brennholz, 1 Schiff mit Raps, 1 Schiff mit Roggen, 1 Schiff mit Brettern und 14 Gänge Bauholz.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Ober-Pegel 16 Fuß 4 Zoll und am Unter-Pegel 4 Fuß 10 Zoll, mithin ist das Wasser seit gestern an ersterem um — Fuß 5 Zoll, und an letzterem um — Fuß 8 Zoll wieder gefallen.

— Breslau, 1. Sept. [Kroll's Wintergarten.] Es ist zur Genüge bekannt, wie oft der Kroll'sche Wintergarten seine jetzigen Besitzer, resp. Pächter gewechselt hat, weil keinem die Sonne des Glückes daselbst ordentlich lächeln wollte. Der wetterwendigste Gesandte der Breslauer hatte sich vom Wintergarten abgewendet, und obgleich Viele die Zauberruthe, ihn wieder zu fesseln, gefunden zu haben glaubten, sie hatten sich getäuscht; denn es gelang ihnen nicht. Jetzt wird Herr Kugner, der jetzige Restaurateur im Liebichschen Lokale, welcher den Wintergarten von seinem Entstehen an mehrere Jahre hindurch theils unter Herrn Kroll, theils selbstständig verwaltet hat und daher die „schönen Tage von Kranzweg“ noch in lebhafter Erinnerung trägt, das Etablissement wieder unter seine Obhut nehmen, und es läßt sich wohl erwarten, daß es seinen mit Geschick und Geschmack getroffenen Arrangements gelingen werde, den Wintergarten recht bald zum Licht- und Sammelplatz der gemüthlichen Breslauer zu machen. Maurer, Maler und andere Vertreter der schönen Künste sind bereits mit den nothwendigen Arbeiten voll auf beschäftigt; die Gartenkunst wird hinter ihnen nicht zurückbleiben, sondern durch ihre Dekorationen Herz und Auge der Besucher erfreuen. Schon sind gegen 200 große Drangerieebäume unterwegs, um die grünen Alleen für den Winter zu bilden. Obendrein wird die hinlänglich bekannte Breslauer Theater-Kapelle für die Wintersaison jeden Sonntag und jeden Donnerstag draußigen Konzerte geben, der Genuß also nach allen Seiten hin ein befriedigender sein.

□ Ratibor, 1. September. [Militärisches. — Cholera. — Der Fürstbischof. — Affisen.] Die 4te Eskadron 6. Husaren-Regiments (Leobschütz), die seit dem 28ten April hier garnisonirt, geht heute nach Leobschütz zurück, verbleibt jedoch noch unter dem Befehl des das Observations-Korps kommandirenden. Die Ulanen, die von hier nach Loßlau gegangen waren, rücken heute wieder hier ein. — Seit dem letzten Berichte sind noch 4 an der Cholera erkrankt und gestorben. Gestern jedoch und vorgestern kam keine neue Erkrankung hinzu. — Dem Fürstbischof wurde gestern Abend, nachdem er von einem Besuche bei Sr. Durchlaucht dem Herzoge von Ratibor zurückgekehrt war, von Gymnasialen und der katholischen Stadtschule ein Ständchen und Tackelzug gebracht. — Die Affisen sind beendet und werden, wie verlautet, Anfangs Oktober wieder beginnen. 22 Sachen sind jetzt schon für die bevorstehende Sitzung bereit. Die für die diesmalige Sitzung angemeldete Majestätsbeleidigungssache fiel aus, da der Angeklagte nicht zu erreichen war.

Groß Glogau, 31. August. [Beschluss der Stadtverordneten, betreffend die Suspendirung des Stadtverordneten = Vorstehers

Heitemeyer.] Auf das Rescript der königlichen Regierung vom 7. d. M., betreffend die Neuwahl eines Vorstehers, dahin lautend:

„Der Rechtsanwalt Heitemeyer fungirt als Vorsteher der dortigen Stadtverordneten-Versammlung dem Gesetze § 116 der Städteordnung vom 19. November 1808 zuwider; und wenn auch diese Wahl schon in den Jahren 1847 und 1848 nicht weiter beanstandet worden ist, auch nach dem Rescript vom 14. Dezember 1843 (Ministerialblatt S. 322) das königl. Ministerium des Innern autorisirt ist, von dieser geseglichen Bestimmung Ausnahmen zu gestatten, wenn keine Nachtheile für das Gemeinwesen zu besorgen sind, so ist doch eine solche höhere Genehmigung im vorliegenden Falle nicht ergangen, und nicht nur keine Veranlassung vorhanden, sie zu befürworten, vielmehr ist es unerlässlich, auf der geseglichen Bestimmung zu beharren und eine andere Wahl des Vorstehers anzuordnen, da unter der Leitung des p. Heitemeyer die Stadtverordneten-Versammlung sich erlaubt hat, noch am 7. Mai d. J. einen ganz ungeseglichen und ihre gesegliche Befugniß völlig erkennend in Beschluß in Bezug auf Anerkennung des deutschen Reichs-Verfassungs-Entwurfs zu fassen und sogar ohne Bestätigung des Magistrats auszuführen. (S. Breslauer Zeitung Nr. 191.) Wir sind daher der Ansicht, daß die Wahl des p. Heitemeyer zum Vorsteher eine für das Wohl der Stadt-Gemeinde Glogau nachtheilige und bedenkliche war, und versagen daher derselben auch jetzt noch unsere Bestätigung.

Der Magistrat wolle dies der Stadtverordneten-Versammlung eröffnen, sie zur sofortigen Wahl eines anderen Vorstehers auffordern, allen ferneren Beschlüssen derselben aber, die mit Nichtachtung dieser Aufforderung unter Vorbehalt eines geseglichen unqualifizierten Vorstehers gefaßt werden sollten, seine Bestätigung zu versagen und von dem Erfolg binnen 14 Tagen Anzeige zu erstatten.“ Wiegand, den 7. August 1849. Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

An den Magistrat zu Glogau, ist von der Versammlung nach reiflicher Besprechung und Erwägung nachstehende Erklärung abgegeben worden:

„Nach § 116 der Städte-Ordnung vom 19. November 1808 sollen praktizirende Justiz-Kommissarien allerding nicht zu Vorstehern und Protokollführern gewählt werden können. Durch die Allerhöchste Kabinettsorder vom 25. November 1843 ist solches jedoch zugelassen worden, und nach dem Ministerial-Rescript vom 14. Dezember 1843 darf die Bestätigung nur dann verweigert werden, wenn für das Gemeinwohl Nachtheil zu besorgen ist. Die mit Rücksicht auf diese Bestimmung erfolgte Wahl des Rechts-Anwalt Heitemeyer zum Vorsteher ist der königl. Regierung gleich nach der Wahl sowohl in diesem Jahre, wie in den früheren Jahren angezeigt worden, und wenn die Regierung dessen Wahl für das Wohl der Stadt für nachtheilig hielt, so hätte sie sogleich die Bestätigung versagen müssen, kann jetzt aber mitten im Laufe des Jahres die Wahl nicht mehr beanstanden, welche offenbar stillschweigend genehmigt ist.

Die Versammlung hält hiernach die Wahl des p. Heitemeyer für rite vollzogen, und sich, so lange derselbe sein Amt nicht selbst niederlegt, innerhalb seiner Wahlzeit nicht für berechtigt, zu einer Neuwahl zu schreiten und irgend einen gültigen Beschluss zu fassen, wenn der p. Heitemeyer, ohne verhindert zu sein, nicht die Versammlung leitet, da die Versammlung nur dann gültige Beschlüsse fassen kann, wenn sie von dem rite gewählten Vorsteher, oder bei dessen Verhinderung — aber auch nur bei dessen Verhinderung — von seinem Stellvertreter geleitet wird. Was nun noch das Motiv der königl. Regierung b. trifft, daß nämlich unter der Leitung des p. Heitemeyer die Versammlung am 7. Mai c. in Betreff der deutschen Verfassungsfrage einen ungeseglichen Beschluss faßt, und sogar ohne Bestätigung des Magistrats zur Ausführung gebracht habe, so kann sich die Versammlung, wie sie schon gegen den Magistrat bei einer anderen Gelegenheit ausgesprochen hat, davon nicht überzeugen, indem über die Rechtmäßigkeit der von der National-Versammlung zu Frankfurt a. M. publicirten deutschen Reichsverfassung nur ihre Ansicht ausgesprochen, keineswegs aber einen Beschluss zur Durchführung dieser Verfassung gefaßt hat, ihre Ansicht aber ganz unabhängig von der Ansicht des Magistrats ist, und es daher auch seiner Bestätigung von Seiten des Letzteren bedurft, indem die Versammlung so gut, wie jede Privat-Person, ihre Ansicht über diese Frage aussprechen konnte. Uebrigens hat der p. Heitemeyer diese Versammlung gar nicht geleitet, sondern ist solches vielmehr von seinem Stellvertreter geschehen.

Die Redaktions-Kommission der Stadt-Verordneten.“

*** Reiffe, 31. August. [Die Realschule.]** Nachdem durch den königl. Regierungs- und Schulrath Herrn Bogedien aus Oppeln an den vorgangenen Tagen die mündliche Prüfung der Abiturienten, welche die hiesige Realschule absolviert hatten, abgehalten worden war, fand gestern die öffentliche Prüfung der Prima und Sekunda am Vormittage, und des Nachmittags die der beiden unteren Klassen vor dem genannten königl. Kommissarius statt. Die Antworten der Schüler, so wie die während der Prüfung ausgelegten schriftlichen Arbeiten, Zeichnungen und Schriftproben derselben zeigten von guten Leistungen und umsichtiger Leitung des Lehrpersonals. Heute erfolgte nach den gehaltenen Vorträgen mehrerer Realschüler aus verschiedenen Klassen die Entlassung der Abiturienten durch den Direktor des Instituts, Herrn Pöschel, und sodann diejenige der übrigen Schüler zu den Herbstferien. Die hiesige Realschule hat durch die Angelegenheit des Oberlehrers Dr. Paur, dem ehemaligen Mitgliede der Frankfurter National-Versammlung vor nicht langer Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit un-

lerer Provinz sehr in Anspruch genommen und es dürften daher einige authentische Nachrichten über diese Anstalt Ihrem Leserkreise nicht ganz unwillkommen erscheinen. Vorher sei bemerkt, daß die Vertretung des Dr. Paur durch das ganze Schuljahr fortgeführt werden mußte und daß derselbe auch bis jetzt noch nicht wieder als Lehrer hier eingetreten ist. Die durch diesen Umstand für das Institut herbeigeführte Verlegenheit wurde auf Veranlassung des Direktors dadurch beseitigt, daß einer der Herren Professoren des Gymnasiums sich an dem Unterrichte betheiligte. Die Gründung und Eröffnung der Realschule fand im Oktober 1832 statt. Reisse war eine der ersten Städte Schlesiens, welche dem Realschulwesen eine rege Aufmerksamkeit zuwendete. Seit dem Bestehen dieser Schule ist mit rastloser Thätigkeit an der Beschaffung der erforderlichen Lehrmittel gearbeitet worden und ist es trotz der ursprünglich höchst beschränkten Geldmittel gelungen, eine recht ansehnliche und zweckentsprechende Bibliothek sowohl zum Gebrauche der Lehrer wie für die Weiterbildung der Schüler, welche zur Zeit 3041 Werke in 6004 Bänden enthält, zu beschaffen. Außerdem wurde durch vielfache Bemühungen auch für ausreichende Globen, Atlasse, Karten, so wie für Hilfsmittel für die angewandte Mathematik, die Naturwissenschaften und den Zeichenunterricht in angemessener Weise Sorge getragen. — Die königliche Militärschwimmanstalt wurde von mehreren Realschülern besucht; drei unbemittelte und fleißige Schüler erhielten durch die Urbanität der Militärbehörde in diesem Sommer den Schwimmunterricht unentgeltlich. Es ist die Einrichtung getroffen, daß aus der Büchersammlung zum Gebrauche der Schüler Schulbücher den unbemittelten Schülern gegen eine kleine Entschädigung geliehen werden. Im Laufe des Schuljahres 1848/49 haben im Ganzen 214 Schüler die Realschule besucht, unter denen sich 63 neu aufgenommene befinden. Es gingen davon 38 zu verschiedenen Bestimmungen ab, so daß zur Zeit noch 176 Schüler die Anstalt besuchen. Leider sind für die Realschüler weder Stipendien, noch Freitische, noch freier Schulbesuch vorhanden; die einzige Vergünstigung, welche stattfindet, besteht darin, daß ungefähr 20 ärmere Schüler mit Schulbüchern versorgt werden können. Auf den Vorschlag des Religionslehrers Herrn Scherzberg, ist eine Krankenkasse für die Realschule gegründet worden, welche jeder Schüler ohne Ausnahme, sobald es erforderlich wird, in der Art benutzen kann, daß der Erkrankte mit Medikamenten versorgt wird. Die vierteljährlichen Beiträge sind beliebig und nur wenig Schüler haben sich bisher von Zahlung der Beiträge ausgeschlossen. Die Disciplinen, welche im Schuljahre 1848/49 in den 4 verschiedenen Klassen abgehandelt wurden, sind: Religionswissenschaft, deutsche Sprache und Literatur, französische und englische Sprache, Lateinisch, Mathematik, Physik, Chemie, Naturbeschreibung, Geographie und Geschichte. Außerdem wurde das Zeichnen, Schreiben und der Gesang gelehrt und fanden auch regelmäßig gymnastische Übungen statt. Das neue Schuljahr beginnt den 1. Oktober d. J. Für die Anmeldung und Prüfung der neu aufzunehmenden Schüler ist der 29. September und 1. Oktober bestimmt; den 2. Oktober ist die erste Schulfestlichkeit und den 3. Oktober beginnt der Unterricht in allen Klassen. Das Institut ist besonders für Oberschlesien von Wichtigkeit; dasselbe wird mit großer Munificenz durch einen Kommunal-Fond erhalten. Da die Opfer indes sehr bedeutend sind, so ist es im Werke, die Staatsregierung anzufragen, daß der kgl. Fiskus sich bei der Erhaltung der Anstalt betheilige.

Mannigfaltiges.

— [Schluß des Berichts über die Göthefeyer zu Frankfurt a. M.] Vom 29. August berichtet hierüber die Deutsche Reform: „Am halb 7 Uhr gestern Abend sammelte sich in dem festlich erleuchteten Theater ein dichtgedrängtes und auserlesenes Publikum. Die Ouvertüre von Gluck's Iphigenia leitete die Vorstellung ein: das erhabene Werk wurde von dem Orchester mit seltener Präzision und Wärme exekutiert. Die Festvorstellung selbst, Göthe's Iphigenia in Aulis, wurde in einer Vollendung gegeben, namentlich von Seiten der Hauptdarstellerin, Frä. Jauschek, daß das Festkomitee bereits heute beschlossen hat, derselben durch einen kostbaren Umreif, welcher die Inschrift Iphigenia und das Datum des gestrigen Tages trägt, seine ehrende und dankende Anerkennung zu beweisen. — Das riesige Göttestandbild fortwährend von Schauern auf und abwandelnder Neugieriger umdrängt, im Schmuck glänzender Erleuchtung; vier Kandelaber, von dem kunstreichen Lannig eigens für das Fest gefertigt: die ganze Umgebung ein Lichtmeer. Zwei trefflich aufgeführte Allegorien zur Seite des Standbildes zogen vor Allem die Blicke auf sich, Göthe das Kind, mit Griffel und Pergament in den Händen, wie ihn ein Adler auf seinen Schwingen aus der tief unter ihm liegenden Vaterstadt fortführt; dann Göthe der gereifte Mann, die Leier im Arm, den begeisterten Blick in's Weite gerichtet, auf einem Hypogryphen fortgetragen

durch eine wilde Felsengegend; Prof. Becker hat das erste, Prof. Schröder das zweite Bild gemalt. Weniger Rühmendes läßt sich von den Transparent-Gemälden sagen, mit welchen die verschiedenen Häuser und Plätze sich geschmückt, die in irgend einer Beziehung zum großen Dichter gestanden; es waren, mit einer einzigen Ausnahme, schülerhafte Pinselereien, die einen höchstens komischen Eindruck hinterließen, und das Geburtshaus Göthe's hatte es gar nicht für nöthig gehalten, auch nur durch das geringste äußere Zeichen sich dem Publikum bemerkbar zu machen. Nichtsdestoweniger waren bis nach Mitternacht die Straßen von einer wogenden, fröhlichen Menschenmenge erfüllt; wo einzeln die Nothheit auftauchte, wurde sie gleich unterdrückt. — Die Krone des ganzen Festes aber war das große Festessen in dem mit Laub und Blumen verschwenderisch geschmückten Saale des Wolfseck. In der Mitte prangte die große Büste des Dichters, in einer Nische war ein Portrait des jugendlichen Göthe, das bekannte Meisterbild Tischbeins, von dem Eigentümer, Baron Rothschild, bereitwillig zu dem Feste hergeliehen, aufgestellt. Mehr als 400 Courverts faßten die großen Räume. In fröhlichem Geplauder, unterbrochen durch geistreiche und sinnige Toaste, wie durch geschmackvolle und witzige Improvisationen, saßen die Gäste bis in die späte Nacht beisammen. — Heute hat die Stadt ihr gewohntes Ansehen wieder gewonnen. Doch will ich nicht von dem Feste scheiden, ohne des stilleren und edleren Theils desselben zu gedenken. Gestern Morgen wallfahrte das ganze Fest-Comité nach dem Kirchhofe zu dem Grabe, wo Göthe's Mutter begraben liegt. Einige warme Worte, ein kurzes Gebet, und der Zug kehrte still, wie er gekommen, wieder zur Stadt zurück.“

— (Aus der Pfalz, 25. August.) Heute fand die feierliche Eröffnung der Eisenbahn zwischen Neustadt und Frankenstein statt, und von morgen an wird die nunmehr gänzlich vollendete pfälzische Ludwigsbahn auf ihrer ganzen Länge von 28 Stunden von Ludwigshafen und Speyer bis Werbach dem Verkehr übergeben. (Wamb. Ztg.)

Handelsbericht.

* Breslau, 1. Septbr. Wenn auch die auswärtigen Berichte über Getreide flau lauten und allenthalben die Preise weichen anzunehmen sind, so hatte dies auf unsern Markt wenig Einfluß, sondern man bezahlte in diesen Tagen namentlich für Gerste und Weizen bessere Preise, als in voriger Woche. Unsere Konsumenten scheinen wenig Vorath zu haben und dann theilhaftig sich unsere Spekulanthen bei diesen Produkten, daher wir nicht bald Aussicht zum Zurückgehen haben, außer daß die Zufuhren bedeutender und die Kaufkraft geringer werden sollte. Roggen und Hafer waren dagegen niedriger, weil uns die Aussicht fehlt, Versendungen davon machen zu können.

Heute wurde bezahlt weißer Weizen 48 bis 56 Sgr., gelber Weizen 46 bis 54 Sgr., Roggen 24 1/2 bis 28 Sgr., Gerste 20 bis 24 Sgr. und Hafer mit 14 bis 17 Sgr.; verkauft wurden ferner 42 Wispel Gerste 74 Pfd. 13 Loth schwer, franco. Stettin a 23 3/4 Rthl. und 50 Wispel gelben Weizen 89 bis 90 Pfd. a 49 Rthl. franco. Kahn.

Delfsaaten gingen fast täglich zurück, weil die Offerten von Sommer-Rüben bedeutender wurden. Es wurden zwar noch in den ersten Tagen der Woche 20 Wispel Rappsaat a 87 1/2 Rthl. und 35 Wispel dito franco hier a 88 1/2 Rthl. begeben, doch gingen zu Ende der Woche Rappsaat auf 99 bis 103. Winter-Rüben auf 98 Sgr. und Sommer-Rüben auf 84 bis 88 Sgr. zurück. Heute waren die Offerten schon etwas geringer und wir haben wohl bald eine Besserung zu erwarten, weil die Deltpreise fast allenthalben anziehen.

Kleesaat war in dieser Woche entschieden matter und wer etwas verkaufen wollte, mußte sich eine Ermäßigung in den Preisen gefallen lassen. Es wurde bezahlt, weiße Kleesaat 6 bis 12 Rthl. und rothe 8 bis 11 1/2 Rthl., exquise Sorten bedangen 1 1/2 bis 2 Rthl. mehr. — Mehrjährige rothe Saat wird auf 5 1/2 bis 7 1/2 Rthl. gehalten, wozu sich jedoch keine Käufer zeigen.

Spiritus wird nur zur Konsumtion genommen, und auf 6 3/4 Rthl. gehalten. 6 3/4 ist nur Geld für Partien. Lieferungs-Geschäfte kommen nicht zu Stande, weil pr. Oktober, Novbr., Dezbr., Januar, Febr. und März 6 bis 6 1/2 Rthl. geboten wird und Inhaber auf höhere Preise halten. Rübsöl bleibt gut zu lassen, loco wurde a 14 1/4 bezahlt und ferner 14 1/2 Sgr., eben so wurde raffiniertes a 15 1/2 bezahlt und vorläufig nicht billiger erlassen. Auf Lieferung sind die Preise um 1/4 billiger anzunehmen.

Der Umlauf in Zink beläuft sich in dieser Woche auf 8000 Ctr., wofür ab Märlowig 4 Rthl., ab Gleiwitz 4 Rthl. 1 Sgr. 6 Pf. und loco 4 Rthl. 7 Sgr. bezahlt wurde, heute ist nichts gehandelt worden, da die Kaufkraft in Folge stillerer Berichte aus Hamburg nachgelassen hat.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Einnahme der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft betrug im Monat Juli d. J.:			
aus dem Personen-Transport für	Rthl.	Sgr.	Pf.
68,896 Personen	78,256	12	8
aus dem Güter-Transport für			
166,522 Ctr. 19 Pfd.	62,806	2	4
aus verschiedenen andern Titeln, vorbehaltlich definitiver Feststellung	7,079	29	4
zusammen	148,142	14	4
Die Einnahme bis zum 1. Juli betrug	692,797	10	—
	840,939	24	4
Die Einnahme für dieselbe Zeit im Jahre 1848 betrug	781,868	5	7
mithin 1849 mehr	59,071	18	9

Inserte.

Bekanntmachung.

Es sind seit einiger Zeit falsche Darlehns-Kassenscheine zu 5 Thlr. und 1 Thaler zum Vorschein gekommen. Wir finden uns dadurch veranlaßt, im eigenen Interesse des Publikums dessen Mitwirkung zur Entdeckung der Fälscher in Anspruch zu nehmen und Jedem, welcher der Behörde über einen Verfertiger oder wissentlichen Verbreiter falscher Darlehns-Kassenscheine zuerst eine solche Anzeige macht, daß diese zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden können, eine Belohnung von Dreihundert Thaler, und wenn in Folge der Anzeige auch die Beschlagnahme der zur Anfertigung der falschen Darlehns-Kassenscheine benutzten Formen, Platten und sonstigen Geräthschaften erfolgt, eine Erhöhung dieser Belohnung bis zu Fünfhundert Thaler zuzusichern.

Die Anzeige kann Jeder bei der Orts-Polizeibehörde machen, und auf die Verschweigung seines Namens rechnen, insofern diesem Verlangen ohne nachtheilige Einwirkung auf das Untersuchungs-Verfahren nachgegeben werden kann.

Berlin, den 3. Januar 1849.

Haupt-Verwaltung der Darlehns-Kassen.

von Lamprecht.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch in Erinnerung gebracht.

Berlin, den 25. August 1849.

Haupt-Verwaltung der Darlehns-Kassen.

von Lamprecht.

Von gestern Mittag bis heut Mittag sind an der Cholera 18 Personen als erkrankt, 7 als gestorben und 21 Personen als genesen amtlich gemeldet worden.

Hierunter sind an Militär-Personen genesen 9.

Breslau, den 1. September 1849.

Königliches Polizei-Präsidium.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf das Regulativ vom 13. Novbr. 1848 — Gesessammlung Seite 410 — machen wir bekannt, daß bei der landschaftlichen Darlehnskasse der Zinsfuß für alle vom 1. September dieses Jahres ab zu bewilligenden Darlehne auf vier Prozent herabgesetzt wird.

Breslau, am 31. August 1849.

Schlesische General-Landschafts-Direktion.

Der evangelische Verein.

versammelt sich Montag den 3. September Abends 7 Uhr im Elisabeth-Gymnasium. Senior Krause wird über die Haupt-Versammlung der Gustav-Adolf-Vereine einen Vortrag halten. Auch wird Konsistorial-Rath Böhmer einen Vortrag über die Glaubensentwicklung Luthers halten.

Anzeige. Zu dem Concert der städtischen Ressource im Schießwerder am Königschloß-Dinstag den 4. September, findet auch für Nichtmitglieder der ungehinderte Eintritt statt.

Aufruf zur Unterstützung!

Am Sonntage den 26. August hat Gott das Dorf Szymborge bei Inowrazlaw sehr hart heimgesucht. Als nämlich alle Einwohner zur Andacht in Inowrazlaw versammelt, so stand am letzten Ende des Dorfes ein fürchterlicher Brand, der in einer Stunde beinahe das ganze Dorf eingeäschert hat. Die Bauart dieses Dorfes, welches mehr als 600 Einwohner zählt, war von der Art, daß alle mögliche Rettungsversuche fruchtlos geblieben sind. Als die Einwohner, benachrichtigt von dem Brande, nach Hause gekommen waren, fanden sie schon ihre Wohn- und Wirtschaftsgelände, Habselegkeiten und Ackergeräthe in Asche verwandelt. Das Jammergeschrei der Unglücklichen dringt auch zu den härtesten Herzen; denn wo sollen jetzt die so zahlreichen Familien hin, da von 90 Häusern nur 10 Hütten verbleiben geblieben sind? womit soll ihr Acker bestellt werden, da alle ihre Ackergeräthe verbrannt sind? womit die Acker besäen, da das geerntete Getreide ein Raub der Flammen geworden? was mit sich und ihre Kinder beim nahen Winter bedecken, da die Kleidungsstücke und Betten in Asche liegen? In dieser fürchterlichen Lage bitten und beschwören wir Alle, in deren Herz das Gefühl für die Mitmenschen nicht erloschen, um Geld, Kleidungsstücke, Wäsche, Brod, Saatgetreide, Ackergeräthe, — alles dieses wird mit dankbarem Herzen empfangen, und zwar haben sich zur Empfangnahme erboten: das Landrathsamt, der Magistrat, das Rentamt und der Gastwirth Neumann in Inowrazlaw.

Gott wird jeden Helfenden belohnen und das Gebet des dankbaren Volkes wird Euch den Segen des Himmels erfließen. Inowrazlaw, den 27. August 1849.

Das Comité zur Unterstützung der Abgebrannten zu Symborze.

Zur Annahme gültiger Beiträge für die Verunglückten ist auch sehr gern bereit:

die Expedition der Breslauer Zeitung.

Dringende Bitte!

Ein unbemittelter junger katholischer Lehrer, welcher sich gern dem höhern Lehrfache widmen möchte, stellt an mittelbare Herzen die demüthige Bitte, diesen seinen Wunsch durch milde Spenden, sei es an Büchern, Gelde oder durch Engagement an einer Erziehungs- oder Schulanstalt in einer der größeren Städte etc., gültig realisiren zu helfen. Zeugnisse liegen zur Einsicht bereit und werden gültige Gaben übernommen im Comptoir Herrenstraße Nr. 20 in Breslau.

von Eigenthumsrecht für Raub erklärt, wie kann man die Ausbeutung eines ganzen Standes Freiheit nennen? Was in der Politik, gilt auch im gewerblichen Leben. Nur in der begrenzten Freiheit und dem moralischen Rechte erblüht Fesstung, Glück und Wohlstand. Der Handwerkstand selbst will die Freiheit der Gewerbe, doch nur für die dazu Berechtigten. Die neu zu bildenden Innungen haben nichts mit dem früheren Zunftzwange gemein; dieselben geben dem Einzelnen den verlorenen Stützpunkt, der Gesammtheit aber die große Bürgschaft, daß in der Folge der Handwerkstand aus einer Meisters- und Gesellschaft bestehen wird, die durch ihre praktische wie moralische Ausbildung nicht nur allen Anforderungen der Selbsterhaltung genügen, sondern auch dem Vaterlande den durch den Mißbrauch des Kapitals erzeugten Heerd des Elends und mit ihm den der Zwietracht zerstören helfen wird. — Es mag dies Argument wenig gelehrt sein, praktisch ist es aber sicher. Werden wir uns jedoch nicht bald Geseze zu erfreuen haben, die mit dem materiellen Bedürfnisse im Einklange stehen, so dürften wir wohl vergebens auf die von allen Befonnenen so sehr erwünschte Ruhe warten. — So wie dem Handwerk die Früchte seines Fleißes wie die jedes andern Standes gesüßet sind, werden die wohlthätigen Folgen für die Gesammtheit nicht sehr lange auf sich warten lassen.

E. Geier, Schneidernstr. Sacky, Tischlernstr.
Meier, Korbmachernstr.

Schulbücher von Michael Morgenbesser.

Durch alle Buchhandlungen sind nachstehende, in einem großen Theil der Schulen Schlesiens eingeführten Bücher von **Michael Morgenbesser** zu beziehen:

- 28te Auflage:** **Biblische Geschichten** aus dem alten und neuen Testamente, mit nützlichen Lehren begleitet, besonders für Bürger- und Landschulen. 8. 1849. 6 Sgr.
- 8te Auflage:** **Aufgaben zur Erlernung und Übung der im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten.** Erstes Heft. 8. 1849. 5 Sgr.
- 5te Auflage:** **Auflösungen der Aufgaben zur Erlernung und Übung der im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten.** Erstes Heft. 8. 1845. 2½ Sgr.
- 5te Auflage:** **Aufgaben zur Erlernung und Übung der im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten.** Zweites Heft. 8. 1848. 5 Sgr.
- 4te Auflage:** **Auflösungen der Aufgaben zur Erlernung und Übung der im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten.** Zweites Heft. 8. 1845. 2½ Sgr.
- 3te Auflage:** **Aufgaben zur Erlernung und Übung der im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten.** Drittes Heft. 8. 1847. 5 Sgr.
- 3te Auflage:** **Auflösungen der Aufgaben zur Erlernung und Übung der im bürgerlichen Leben vorkommenden Rechnungsarten.** Drittes Heft. 8. 1847. 2½ Sgr.
- 4te Auflage:** **Schul-Gesänge** zum Gebrauche für Volksschulen. 8. 1845. 2 Sgr.

Buchhandlung von Grass, Barth und Comp.

Feuer-Versicherung.

Preussische National-Versicherungsgesellschaft in Stettin.

Genehmigt durch allröchste Kabinets-Ordre vom 31. Oktober 1845.

Gegründet auf ein Kapital von

Drei Millionen Thalern preussisch Courant.

Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen gegen Feuergefahr auf bewegliche und unbewegliche Gegenstände, welche durch Feuer oder Blitz zerstört oder beschädigt werden können. Die Garantie der Anstalt beschränkt sich nicht allein auf das Verbrennen der versicherten Gegenstände, sondern umfaßt auch das Zerstören und Verderben derselben bei Gelegenheit des Löschens, das Abhandenkommen bei dem Ausräumen und Bergen, und die zweckmäßig verwendeten Rettungskosten. Die Versicherungen können auf jede beliebige Zeit bis zu sieben Jahren bei festen, aber mäßigen Prämien geschlossen werden; Nachzahlungen werden niemals gefordert.

Indem ich die Gesellschaft zur Benutzung empfehle, bemerke ich noch, daß Antrag-Schema's auf meinem Bureau, **Karlsstraße Nr. 41, erste Etage**, hierelbst; ferner von Herrn **C. L. Sonnenberg** hi selbst,

Neufche Straße Nr. 37;

" " **Th. L. g. Heinze** in Brieg,

" " **Friedrich Köppler** in Schweinitz,

" " **Wilh. Schöne** in Frankenstein,

" " **Franz Paul** in Wanssen,

" " **P. Urban** in Raudten,

" " **G. Plätschke** in Strehlen,

" " **Wilhelm Zehge** in Striegau,

" " **B. Hausfelder** in Liegnitz,

" " **Sw. Jul. Franke** in Freistadt,

" " **Friedr. John** in Warmbrunn,

von Herrn **C. G. Zehge** in Vollenhain,

" " **R. G. Jungnickel** in Gr Glogau,

" " **C. H. Frießsche** in Beuthen a/O.,

" " **August Naue** in Schöenberg,

" " **A. Voß** in Sagan,

" " **Sw. Gebhardt** in Bunzlau,

" " **C. B. Gerste** in Görlitz,

" " **J. G. Großer** in Lüben,

" " **A. Nickel** in Patschkau,

" " **Samson E. Saer** in Guttentag,

" " **Hugo Rudloff** in Ratibor,

" " **Julius Pohl** in Woblan,

gratis ausgegeben, und jede zu wünschende Anleitung zur Aufnahme bereitwillig erteilt wird.

Breslau, im Septbr. 1849.

Carl Krull, General-Agent.

Tauenzienstraße Nr. 12 sind von Michaelis d. J. folgende geschmackvolle, bequeme und nach dem Gutachten eines Sanitäts-Raths erster Klasse, gesunde Wohnungen zu vermieten: par terre 3 Zimmer, Kabinet, Küche nebst Beigelaß; im 1ten Stock drei Zimmer, Kabinet, Küche nebst Beigelaß, und im 2ten Stock 4 Zimmer, Kabinet, Küche nebst Beigelaß. Zum allgemeinen Gebrauch ist ein Waschkeller nebst Mangel, ein Boden zum Trocknen der Wäsche im Winter und im Sommer dazu ein geräumiger Hof, in welchem sich eine geschmackvolle Pumpe, Taubenschlag und Schaukel befindet. Außerdem befindet sich dabei eine Wagenremise für zwei vierspännige Wagen und ein Stall für vier Pferde und endlich ein 30 Ellen langer Garten zur Promenade, aus dem Wohlgerüche der Blumen in die Zimmer aufsteigen, zumal auch die sonst schmutzigen Kinnsteine beseitigt sind. Das Nähere darüber ist beim Wirth im ersten Stock zu erfragen.

Buchdruckerei-Verkauf.

In einem der belebtesten Badeorte Schlesiens, ist eine seit einem Jahr ganz neu eingerichtete Buchdruckerei (mit Dingerscher Presse) welche einem umsichtigen Manne seine Existenz ganz gut sichert, wegen plötzlich eingetretener Umstände, unter soliden Bedingungen baldigst zu verkaufen oder an einem Cautionsfähigen zu verpachten. Hierauf Reflektirende wollen sich selbst entweder persönlich oder schriftlich in Waldenburg in Schl., in der Tuch- und Modeschneidwaren-Handlung des **K. W. Schubert**, die näheren Bedingungen einholen.

Echte Thibets,

¾ breit, schwarz, kornblau, dunkelgrün, tiefschwarz und modifarben, in feinsten Qualitäten, a 16 Gr. pro Berliner Elle.

Schwarze Camlotts,

¾ breit, mit schönstem Glanz, a 6, 7 und 8 Sgr. pro Berliner Elle.

Halb-Lamas,

Grey-Camelons und andere moderne ganz und halb-wollene Herbst- und Winter-Kleiderstoffe, das vollständige Kleid 3, 3½ und 4 Rthl.

Kleider-Kattune

und auch Messels, in ganz neuen und schönsten Mustern, a 2½, 3 und 4 Sgr. pro Berliner Elle.

Umschlagetücher

für den Herbst und Winter, ¼ groß, a 1½ und 2 Rthl.; kleinere für Mädchen a 15, 20 u. 25 Sgr.

Double-Shawls

in schwerster Qualität a 3½, 4 und 4½ Rthl., empfiehlt die Modewaaren-Handlung

Ring und Blücherplatz-Ecke, im Weinkauffmann

Philippischen Hause.

Nachstehende Artikel verkaufen außerordentlich billig:

schwarze und bunte Seidenzeuge, Shawls und Tücher, Mousselin de laine-Roben, Battiste und Kattune, Möbel- und Gardinen-Stoffe, Tisch- und Fußteppiche, gemalte Rouleaux.

H. Kinkel und Sohn,
Ring Nr. 60, Ecke der Oderstraße.

Möbelwagen.

Dienstag den 11. September kommt ein Möbelwagen von Berlin nach Breslau an, der Rückladung nach Berlin zurücknimmt. Man beliebe sich daherhalb zu melden **Karls-Strasse Nr. 36** beim Haushälter.

Sonntagsfarben von Panier, Fuchsfarben von Ackermann, Papierpellee von Delius empfiehlt die Kunsthandlung **F. Karsch.**

Die erste Sendung Bigoane-Sacken

für Herren und Damen, welche auf bloßem Körper getragen werden und 6 verschiedene Sorten Unterbekleider in bekannter Qualität, erhielt und empfiehlt:

Herrmann Littauer,

Nikolaistraße Nr. 15, dicht an den 3 Königen.

Reis Gelegenheit den 3. Septbr. über Glas nach Reinerz, Büttnerstraße Nr. 24.

Bekanntmachung

wegen Verdingung der Lieferung des Brod- und Fourage-Bedarfs im Bereiche des 6. Armeekorps pro 1850.

Zur Sicherstellung der Brod- und Fourage-Verpflegung für das Jahr 1850 im Bereiche des 6. Armeekorps, so wie für die Garnisonen und Kreise innerhalb der Regierungsbezirke Breslau und Oppeln, soll die Lieferung des Naturalien-Bedarfs in Entreprise gegeben werden.

Es ergeht daher an Producenten und sonstige Unternehmer die Einladung: versiegelte, auf einzelne Garnisonen und den umliegenden Kreis gerichtete, entweder auf Lieferung des Brodtes und der Fourage, oder nur der Brodtes oder nur der Fourage lautende, schriftliche Lieferungs-Angebote zu machen.

a. wegen der Garnisonen incl. sämtlicher Kreise im Oppeln'schen Regierungsbezirk bis zum 4. Oktober an das königliche Proviant Amt in Reisse,
b. wegen der Garnisonen incl. sämtlicher Kreise im Breslauer Regierungsbezirk bis zum 11. Oktober an die unterzeichnete Intendantur,

portofrei und auf der Adresse mit dem Vermerk: „Lieferungs-Offerte“ versehen, gelangen zu lassen und dann:

ad a. den 4. Oktober in Reisse im Gasthofe zum schwarzen Adler,
ad b. den 11. Oktober in Breslau im Bureau der Intendantur, Kirchstraße Nr. 29

zwischen 9 und 1 Uhr Vormittag persönlich oder durch gerichtlich Bevollmächtigte im Termine zu erscheinen.

Zur angegebenen Zeit wird die eingegangenen, wie im Termine eingehenden Offerten unser Deputirter, Intendantur-Rath von Kempfki in Gegenwart der Lieferungswilligen und zugezogenen Beamten eröffnen und mit mindestens drei, qualifizierten und kautionsfähigen Submittenten nach Ermessen weitere Unterhandlungen anknüpfen.

Sollte dies Verfahren kein annehmbares Resultat ergeben, so wird event. am folgenden Tage ein Lizitationsverfahren eröffnet.

Bei Erreichung annehmbarer Forderungen wird mit dem einen oder andern Unternehmer für einen oder den andern Kreis, vorbehaltlich der höhern Genehmigung abgeschlossen und kein Nachgebot angenommen.

An Orten, wo königl. Magazine sind, geschieht die Lieferung des Brodrogens und der Fourage in die Magazine, in allen andern Orten dagegen wird Brod und Fourage direkt an die Truppen verabreicht.

Die speziellen Lieferungs-Bedingungen können zu jeder schließlichen Tageszeit in der Kanzlei der unterzeichneten Intendantur und bei den königl. Proviant-Ämtern zu Reisse und Glogau, so wie bei den königl. Festungs-Magazinen in Glas, Schweidnitz und Kofel, auch im Termine selbst eingesehen werden.

Noch wird bemerkt, daß an Orten, wo keine königl. Magazine sind, der Unternehmer der Fourage-Verpflegung auch an die dafelbst stationirten königl. Landgendarmen die benötigte Fourage für die Kontraktspresse zu verabreichen hat und daß jeder Bietungslustige vor der Zulassung zum Gebote eine Kautions von 800 Rthl. in Staatskassenscheinen oder Pfandbriefen zu deponieren hat.

Breslau, den 30. August 1849.

Königl. Intendantur des 6. Armeekorps.

Messerschmidt.

Offener Arrest.

Ueber das Vermögen des verstorbenen hiesigen Kaufmanns **Adolph Landau** ist der Konkurs eröffnet. Er werden daher alle diejenigen, welche von dem Gemeinschuldner Gelder, Sachen, Effekten oder Briefschaften hinter sich haben, hiermit aufgefordert, dieselben, jedoch mit Vorbehalt ihrer daran habenden Rechte, nur zum hiesigen Kreisgerichtlichen Deposito abzuliefern, mit der Warnung, daß, wenn die Zahlung oder Ausantwortung an Privatpersonen dennoch erfolgen sollte, dieselbe für nicht gesehen gehalten, und die nochmalige Forderung zum Besten der Masse erfolgen wird. Sollte der Inhaber solcher Gelder oder Sachen dieselben verschweigen oder zurückhalten, so wird er noch außerdem alles seines daran habenden Unterpfands und anderer Rechte für verlustig erklärt werden.

Breslau, den 22. August 1849.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Buchhalter **Gustav Rüdiger** gehörige, unter Nr. 131 des Hypotheken-Buchs von Neuborf Commende belegene, auf 18,345 Rthl. 28 Sgr. 10 Pf. abgeschätzte Grundstück, soll am

2. Oktober 1849, Vorm. 10 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein sind in der Realisiratur einzusehen.

Breslau, den 14. März 1849.
Königliches Landgericht.

Verpachtung.

Den 18. September c., Vorm. 11 Uhr, werde ich das hier am Markte belegene Gast- und Brauhaus sub Nr. 40 anderweit auf 1 Jahr meistbietend verpachten, wozu Pacht-lustige eingeladen werden.

Kempen, den 29. August 1849.

Der Administrator **Klinger.**

Zu verkaufen sind 900 Stück alte ganze Mauerziegel Neugasse Nr. 11.

Anzeige.

Außerordentliche Versammlung des **Viegnitzer landwirtschaftlichen Vereins** findet den 7. September c., Vorm. 10 Uhr, im Landstättchen, statt, zu welcher die verehrten Mitglieder zu zahlreichem Besuch dringend eingeladen werden.
Biegisch, den 30. August 1849.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Alle diejenigen, welche bei dem hiesigen Stadt-Verhau Pfänder verlegt und die rückständigen Zinsen von den Pfand-Kapitalien innerhalb acht Monat noch nicht berichtigt haben, werden hierdurch aufgefordert, entweder ihre Pfänder binnen 4 Wochen a dato durch Berichtigung des Pfandschillings und der Zinsen einzulösen, oder sich über den weiter zu bewilligenden Kredit mit dem Verhau-Amt zu einigen, widrigenfalls die betreffenden Pfänder durch Auktion verkauft werden sollen.
Breslau, den 24. August 1849.
Das Stadt-Verhau.

Chaussee-Material-Verdingung.

Den 19. September d. J., von 8 bis 12 Uhr, werden nachstehende Chaussee-Bau-Materialien zur Unterhaltung für das Jahr 1850 an den Mindestbietenden mit Vorbehalt der Genehmigung einer künftl. hochlöbl. Regierung zu Dhlau, Schloßplatz in der Wohnung des Unterzeichneten verdingen.

Als:

- Auf der oberschlesischen Chaussee:
- zwischen Rothtruch und Grebelwitz 300 Schachtelsteinen
 - zwischen Grebelwitz, Baumgarten und Rosenhain 602 Schachtelsteinen
 - zwischen Heidau und Bries 32 Schachtelsteinen
 - zwischen Bries und der oppelner Regierungsgrenze 86 Schachtelsteinen
 - zwischen Radwanitz und Grebelwitz 38 Schachtelsteinen
 - zwischen Grebelwitz und Dhlau 45 Schachtelsteinen
 - zwischen Dhlau und Rosenhain 17 Schachtelsteinen
 - zwischen Radwanitz und Grebelwitz 34 Schachtelsteinen

Auf der Reisser Chaussee:

- zwischen Rosenhain und der oppelner Regierungsgrenze bei Bindel 207 1/2 Schachtelsteinen ganz rein ausgefärbten Kies.

Dhlau, den 23. August 1849.
Der königliche Wegebau-Inspektor
Biebig.

Auktion von rappirten Carotten.

Am 3. d. M. Nachm. 2 Uhr werde ich in Nr. 36 Karlsstraße, im Kapuziner-Kloster hint in Hofe, für auswärtige Rechnung eine starke Partie gut konservirter, rappirter Carotten-Tabake in französischem goût, bei einzelnen Kässern von netto 2 Ctr., versteigern. Der Tabak ist in allen Kässern von gleich guter Durchschneidungs-Qualität, wie die Prüfung bei Öffnung diverser Kässer ergeben wird. **Wannig, Auktions-Kommiss.**

Bekanntmachung.

Die Erben des verstorbenen Kaufm. J. G. Regenborn beabsichtigen, die ihnen zugehörigen, in der hiesigen Stadt etablirten Fabriken, nämlich:

- das unmittelbar am schiffbaren Strom belegene Eisenwalzwerk, benannt Anna-Hütte, von zwei Dampfmaschinen getrieben, mit drei Puddelöfen und vollständigem Inventarium (das einzige Werk dieser Art in der Provinz);
 - die Vulkan-Eisengießerei mit vollständigem Inventarium und allen erforderlichen Werkstätten,
- aus freier Hand zu verkaufen, und haben mich damit beauftragt, jede wünschenswerthe nähere Auskunft zu ertheilen, auch die speziellen Bedingungen mitzutheilen und Offerten entgegenzunehmen. Diejenigen, die hierauf zu reflektiren geneigt sind, ersuche ich daher, sich in portofreien Schreiben, oder persönlich, gefälligst an mich zu wenden und erlaube mir hierbei, darauf aufmerksam zu machen, daß durch die bestimmte Aussicht, in kurzer Zeit die Eisenbahn hieher geführt zu sehen, die Rentabilität dieser Fabriken wesentlich gesichert wird.
Königsberg in Pr., den 27. Aug. 1849.
Gruse, Rechts-Anwalt.

Anzeige.

Mehreren Anfragen zu begeben, mache ich hierdurch bekannt, daß Hr. F. W. Bödeker jun., C. Aug. Steineden Nachfolger in Bremen, im Laufe der Saison nach Valdivia, Rio de Janeiro, San Francisco und Port Adelaide noch verschiedene Schiffe expediren, den Expeditions-Termin aber erst später bestimmen wird. Am 15. September gehen 4 Schiffe nach New Orleans und jeden 1sten und 15ten des Monats werden wie bisher nach den Haupthäfen der vereinigten Staaten Schiffe abgeleitet. Wegen den Ueberfahrtsbedingungen für Passagiere Näheres bei dem bevollmächtigten Agenten
C. Ferd. Hoffmann,
Kupferschmiedestraße Nr. 7.
Breslau, den 1. Septbr. 1849.

Theater-Anzeige.

Theatermitglieder (Herren und Damen) können bei der neu organisirten Gesellschaft in Geseß Engagement erhalten, und mögen selbige ihre Bedingungen nebst Repertoire bis zum 8. September c. portofrei an die Direktion einreichen.

Öffentliche Vorladung.

Nachdem über den Nachlaß des am 8. April 1849 hieselbst verstorbenen königlichen Haupt-Zoll-Amts-Kontrollleur Leopold Stach von Gottheim der erbachtliche Liquidations-Prozess eröffnet ist, werden dessen Gläubiger hierdurch zur Liquidation und Nachweisung ihrer Forderungen auf den

3. Oktober d. J. Vorm. 9 Uhr an die hiesige Gerichtsstelle vorgeladen. Denjenigen, welche am persönlichen Erscheinen gehindert sind, und denen es hieselbst an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Heydolph zu Habelschwerdt, Obert und Leyfer zu Glatz als Bevollmächtigte vorgeschlagen. Die Ausbleibenden werden aller ihrer ewigen Vorrechte für verlustig erklärt und mit ihren Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse etwa übrig bleiben möchte, verwiesen werden.
Mittelwalde, 15. Juli 1849.
Königliche Kreis-Gerichts-Kommission.
Wenzel.

Weiß-Garten.

(Gartenstraße Nr. 16.)
Sonntag den 2. Sept. Nachmittags und Abend-Konzert, Dienstag, den 4. Sept. Abend-Konzert der Philharmonie unter Direktion des Herrn Johann Gehl. Zur Aufführung kommen: Jagdouvertüre von Mehül und Ouvertüre Don Juan von Mozart.
Entree für Herren 2 1/2 Sgr.
für Damen 1 Sgr.

Cunomia.

Montag, den 3. September: Briny, oder die Belagerung von Siegeth.
Der Vorstand.

Liebig's Garten.

Heute den 2. September: Konzert der Breslauer Theater-Kapelle.

Fürstengarten.

Heute Sonntag großes Konzert.
Montag letztes großes Feuerwerk.

Im Hartmannschen Lokale.

Gartenstraße Nr. 23.
Heute, den 2. September:
Militär-Horn-Konzert.

Schweizerhaus.

Sonntag, den 2. Sept.: Konzert.

Schwedenschanze zu Dhlau.

Heute Sonntag den 2. findet das zweite Erntefest, genannt der Haserkrantz, statt. Der Festzug der Landleute bewegt sich um 3 Uhr unter Musikbegleitung aus dem Dorfe auf die Schanze. Anfang des Concert 3 Uhr.
Es ladet hierzu ergebenst ein:
August Biegler.

Zur Tanzmusik

Sonntag den 2. Septbr. ladet ergebenst ein:
Seiffert in Rosenthal.

Zum Weizenkranz,

Sonntag, den 2. Sept., ladet ergebenst ein:
Fabian, im Morgenauer Kreischaan.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben nebst Abendbrot in Pöpelwitz zur Erholung auf Montag den 3. September ladet freundlichst ein:
Schröter.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben heute Sonntag den 2. September ladet ein:
Witwe Maabe in Gabitz.

Zum Erntefest

heute den 2. Septbr. ladet ergebenst ein:
Zwerner, Gastwirth.

Fertige Henden,

à Stück 18 Sgr., 25 Sgr., 1 Zhr. bis 2 Zhr., Unterbeinkleider, Chemisette, Halskragen und Manschetten, sowie weiße reine Leinwand, Taschentücher, Inlet, Drilling und Zückerleinswand, auch mache auf die jetzt so beliebten englischen Oberhemden mit Vorhemdchen à einen Thaler aufmerksam.
F. J. Berner, Dhlauerstr. Nr. 59.

Engl. St. infoblen-Pech,

Engl. Steinfoblen-Theer, in ganzen und getheilten Tonnen, offerirt billigt:
Julius Hellmann,
Albrechts-Strasse Nr. 27.

Der Posten einer Wirtschaftsführerin auf dem Lande (Hotel de Silesie Nr. 1) ist bereits besetzt.

Preis-Ermäßigung.

	pr. Paq.	pr. 100 Paq.
Palmwachs-Kerzen	7 1/2 Sgr.	23 Nthlr. 10 Sgr.
Weißer Stearin-Säure-Kerzen	8 1/2 "	26 " 20 "
Stearin-Kerzen	9 "	27 " 20 "
Künstl. Wachs-Kerzen	9 1/2 "	29 " 20 "
dito dito patentirte	10 "	31 " 15 "
E. Apollo-Kerzen	10 1/2 "	33 " — "
Apollo-Kerzen	11 "	34 " 10 "
dito dito Prima-Qualität	11 1/2 "	35 " — "
Pracht-Kerzen	12 1/2 "	38 " 10 "
Stearin-Masse in Scheiben	13 Sgr.	41 " 20 "
Milch-Kerzen	14 "	43 " 10 "
Stearin-Altar-Kerzen	15 "	46 " 20 "

sowie sein reichhaltiges Wachswarenlager zu zeitgemäß billigen Preisen empfiehlt
Eduard Nickel, Albrechtsstraße Nr. 7.

Janus,**Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.**

Die Gesellschaft versichert nicht nur gesunde, sondern auch gegen entsprechende höhere Beiträge auch nicht gesunde Personen. — Sie schließt Versicherungen ab, durch die die Versicherten nicht nur für die Hinterbleibenden, im Falle eines früheren Todes, sondern auch für sich selbst sorgen, wenn sie ein höheres Alter, z. B. das 50., 60. Jahr erreichen. Nachzahlungen können von dieser Gesellschaft nie verlangt werden. — Der vierteljährliche, für die Dauer der Versicherung gleich bleibende Beitrag für eine Versicherung von Tausend Thaler, ist, wenn der Versicherte beim Eintritt alt ist:

25 Jahr:	30 Jahr:	35 Jahr:	40 Jahr:
4 Thlr. 20 1/4 Sgr.	5 Thlr. 20 1/4 Sgr.	6 Thlr. 15 Sgr.	7 Thlr. 16 1/4 Sgr.
	45 Jahr:	50 Jahr:	
	8 Thlr. 22 1/4 Sgr.	10 Thlr. 14 1/4 Sgr.	

Es sind jedoch auch monatliche Zahlungen gestattet. Die Gesellschaft zahlt die versicherte Summe auch, wenn der Versicherte im Dienst der Bürgerwehr, oder bei Vertheilung seines Lebens und Eigenthums den Tod findet. — Leibrenten-Versicherungen werden unter außergewöhnlich billigen Bedingungen abgeschlossen.

Vom 1. Januar bis 1. August d. J. erfolgten 1,253,915 Mark Banco neue Versicherungs-Anträge.

Statuten und Prospekt: unentgeltlich bei:

Lübbert & Sohn, B. Boas, A. Geisler,
Junkerstraße Nr. 2. Junkerstraße Nr. 27, Schuhstr. Nr. 57, } in Breslau.
Louis Kreißler in Biegisch.

W. A. Ackermann in Namslau.
A. Bacher in Raudten N.-Schl.
H. Blanzger in Bries.
Sigism. Berliner in Groß-Glogau.
Heinr. Brückner in Goldberg.
Dreyschuch, Registrator, in Löwenberg.
Pfeffer, Senator, in Gubrau.
R. W. Pflücker in Waldenburg.
E. B. Gerste in Görlitz.
Theodor Glogner in Haynau.
E. Henning in Rothenburg.
J. Hoeniger in Rohnitz.
J. Hoffmann, Kommissionsr., in Glatz.
E. Jungmann sen. in Schweidnitz.
Kuchler, Kammerer, in Nimptsch.
E. Lubowski in Gleiwitz.
G. Matthies in Grünberg.
J. Pappenheim in Tarnowitz.
H. Raymond in Lüben.
L. Raymond in Seidenberg.
J. L. Schmal in Volskenhain.
L. Sachs jun in Guttentag.
L. Simmel in Neumarkt.
J. S. Teichmann in Reisse.
A. Tschirch in Jauer.
Ferd. Warmuth in Steinau a. D.
Weber, Schornsteinfegermstr., in Strehlen.
E. Weinmann in Hirschberg.
Fr. Wm. Weiß in Reichenbach.

Mit Bezug auf die Anzeige vom 15. August dieses Jahres in der Beilage zu Nr. 193 der Breslauer Zeitung, wonach am 4. September dieses Jahres die darin bezeichneten Antheile an Stolarzowitzer, Burnitzer und Wischowaer Galmey-Gruben in Bruthen meistbietend verkauft werden sollen, mache ich die Kauflustigen darauf aufmerksam, daß nach Ausweis des Hypotheken-Buchs des königlichen Kreis-Gerichts zu Bruthen mir und meiner Familie das theilweise Eigenthum an diesen Gruben zusteht und demnach ein Ankauf derselben nur mit Vorbehalt unserer Rechte würde erfolgen können.
Breslau, den 31. August 1849.
Emanuel Baron von Wilegk.

Eine Apotheke,

gut rentirend, ist Verhältnisse halber bei zeitgemäßem Preise zu verkaufen.

Eine Villa und herrschaftliche Besitzungen,

sowie kleinere Landgüter im Gebirge, an Orten, wo noch kein Cholerafall vorgekommen, sind zu verkaufen.

Ein Kaffee-Etablissement

mit Wintergarten, vollständigem Inventarium und Drangerie ist bei 4000 Nthl. Anzahlung zu verkaufen. Näheres zu erfragen bei

A. Geisler, Kupferschmiedestraße Nr. 14.

Hiermit erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage meinen mehrlährigen Mitarbeiter, den Herrn Jakob Sack als Theilnehmer in meinem bisher für alleinige Rechnung geführten Sack- und Manufaktur-Waaren-Geschäft aufgenommen und dasselbe unter der Firma

Fritz Sack und Comp.

fortführen werde. Für das bisher der früheren Firma geschenkte Vertrauen meinen ergebensten Dank abkündend, bitte ich, dasselbe der neuen Firma gewähren zu wollen.
Breslau, am 1. September 1849.

Unser Neßlokal in Leipzig befindet sich nicht mehr Brühl Nr. 23, sondern
schrägenüber Nr. 61, 1 Treppe hoch.

Konzert im Schießwerder.

Sonntag und Montag den 2ten und 3. September.

Schwarzer.

Janus.

Der Unterzeichnete, welcher Gelegenheit hatte, bei Auszahlung einer Police mit der Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft Janus in Hamburg in Verbindung zu kommen, fühlt sich durch die Seitens der Direktion obiger Anstalt erfolgte schnelle und coulante Abwicklung des genannten Geschäfts, veranlaßt, die Gesellschaft Janus allen Denen angelegentlich zu empfehlen, die eine Lebens- oder Pensions-Versicherung abschließen wollen.
Breslau, den 31. August 1849.

L. M. Caro.

